

DIE WELT BRAUCHT EINEN RADIKALEN WANDEL

**Wahlprogramm der
Partei der Arbeit der Schweiz**

PdAS - 2023



pda.ch

WAHLPROGRAMM

Partei der Arbeit der Schweiz

2023

UNSERE FORDERUNGEN

Die Welt braucht einen radikalen Wandel.....	2
Die Kaufkraft der unteren Klassen erhalten	8
Übernahme der Credit Suisse durch die UBS	9
Für die Aufrechterhaltung und Ausweitung des Service public	14
Für gleiche Rechte und ein würdevolles Leben für alle	16
Lösungen für den Klimanotstand	20
Finanzen	23
Energie	23
Landwirtschaft	24
Industrie	25
Transport.....	26
Raumplanung und Gebäude.....	27
Sichere Renten für ein Leben in Würde.....	28
Echte Demokratie	30
Eine offene Schweiz für alle	32
Für neue Abkommen mit europäischen Staaten	35
Für eine friedliche und antimilitaristische Neutralität	40
Für eine strikt defensive Armee unter strenger demokratischer Kontrolle.....	42
Für ein Gesundheitssystem im Dienste der Bevölkerung	43
Wohnen	44
Kultur	45
Ausbildung.....	46
Für eine Demokratisierung und digitale Souveränität.....	47
Für den Sozialismus und gegen die Barbarei	49

Die Welt braucht einen radikalen Wandel

Warum nimmt die Partei der Arbeit (PdA) an den Wahlen teil? Um für eine gerechtere und solidarischere Gesellschaft zu kämpfen, um gegen Ungerechtigkeiten zu kämpfen und eine sozialistische Gesellschaft in Übereinstimmung mit den Realitäten unseres Landes aufzubauen. Aber diese Frage verdient eine ausführlichere Antwort.

Die globalen Krisen des Kapitalismus verschärfen sich

Der Kapitalismus beruht auf der Ausbeutung der Mehrheit zum Vorteil einiger weniger. Ohne einen Systemwechsel wird es nicht möglich sein, die gegenwärtige Situation zu ändern.

Dies gilt heute umso mehr, als das kapitalistische Weltsystem eine schwere und tiefe Krise durchläuft. Oder genauer gesagt: mehrere Krisen, die alle aus seinen strukturellen Widersprüchen resultieren und sich gegenseitig verstärken. Krisen, die sich immer weiter verschärfen und dieses System, sowie jede:n einzelne:n von uns zutiefst erschüttern, Krisen, die im Rahmen, des kapitalistischen Systems nicht gelöst werden können: Gesundheits-, wirtschaftliche-, soziale-, demokratische-, Migrationskrisen und Kriege; schlussendlich die ökologische Krise, welche alles mit sich in den Abgrund stürzt, wenn nicht bald radikale Lösungen gefunden werden.

Auch in den letzten Jahren der «Krisenbewältigung» dienten die Massnahmen und Entscheidungen des Grosskapitals und seiner politischen Vertreter:innen allein der Rettung des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Die Folgen trugen die Lohnabhängigen, die kleinen Selbständigen, die Erwerbslosen, die Rentner:innen und die Jugendlichen. Angesichts der Pandemie haben die bürgerlichen Regierungen, einschliesslich des Bundesrates, sich beeilt die Unternehmen zu retten. Hingegen waren die Entschädigungen für die Menschen lückenhaft, ungenügend und zu spät. So verloren viele Arbeiter:innen in Kurzarbeit 20 Prozent ihres Lohns. Und heute, angesichts der sich verschärfenden Wirtschaftskrise, tut der Bundesrat nichts, um die Kaufkraft der unteren Klassen zu unterstützen, welche durch die steigenden Lebenshaltungskosten schwer angeschlagen sind. Gleichzeitig hat die Landesregierung jedoch kein Problem damit, zehn Milliarden Franken für die Stromversorger in Liquiditätsnot oder sechs Milliarden für völlig nutzlose Kampfflugzeuge bereitzustellen.

Entsprechend haben sich die Lebens- und Arbeitsverhältnisse vieler Menschen in der Schweiz und in Europa entschieden verschlechtert. Die Arbeiter:innen müssen sich gegen den Druck der Arbeitgeber:innen wehren, die die Löhne nach unten drücken und Arbeitsbedingungen verschlechtern wollen. Seit Jahren verarmen Teile der Arbeiter:innenklasse und der Mittelschicht, denen es in den vergangenen Jahrzehnten besser ging. Die junge Generation ist besonders betroffen. Trotz guter Bildung geht es vielen Menschen schlechter als ihren Eltern und Grosseltern, mit weniger Arbeit und gleichzeitig mehr prekären Arbeitsverhältnisse. Gleichzeitig wächst der von der Gesellschaft erwirtschaftete Wohlstand und die junge Generation macht sich zu Recht Sorgen, ob sie noch eine Zukunft haben wird.

Alle Widersprüche des Kapitalismus haben sich dramatisch verschärft. Karl Marx und Friedrich Engels antworteten auf die Frage, wie die Bourgeoisie die Krisen ihres

Wirtschaftssystems überwindet: «Einerseits durch die gewaltsame Zerstörung einer Masse von Produktivkräften, andererseits durch die Eroberung neuer Märkte und die verschärfte Ausbeutung der alten Märkte. Wodurch also? Dadurch, dass sie allseitigere und gewaltigere Krisen vorbereitet und die Mittel, den Krisen vorzubeugen, vermindert» (1848, Manifest der Kommunistischen Partei). Das ist völlig richtig. Die Massnahmen, mit denen die kapitalistischen Staaten versuchten, die durch die Pandemie entstandene Krise einzudämmen, beruhten auf einer expansiven Geldpolitik, auf Negativzinsen, auf der massiven Zuführung von Liquidität in die Wirtschaft. Im Klartext: auf der Notenpresse. Diese Massnahmen verhinderten zwar, dass die Wirtschaft in eine grosse Depression stürzte, aber sie verschärften auch die strukturellen Ursachen der Krise des Kapitalismus: die Überakkumulation von Kapital. Daher manifestiert sich die Krise nun in Form von Inflation. Um die Inflation diesmal einzudämmen, ändern die Zentralbanken ihre Vorgehensweise, erhöhen die Leitzinsen und betreiben eine restriktive Geldpolitik. Diese Massnahmen mögen die Inflation eindämmen, aber sie könnten die Wirtschaft genauso in eine Rezession stürzen, zu einem massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit führen und die Lebensbedingungen der unteren Klassen weiter verschlechtern.

Inzwischen ist die Globalisierung ins Stocken geraten. Die Lieferketten sind beeinträchtigt. Die Verschärfung der Widersprüche im Kapitalismus führt zu einer Verhärtung zwischen den imperialistischen Mächten. Die Welt zerfällt immer mehr in Blöcke, die einander entgegengesetzt sind. Der Multilateralismus weicht immer mehr einer aggressiven Konfrontation, Kriege nehmen zu. Diese Bestärkung des Militarismus und der Rüstungsindustrie bedrohen das Überleben der Menschheit. Aus ökologischer Sicht ist der Krieg ebenso eine Katastrophe und trägt zur Verschärfung des Klimawandels bei. . Angesichts dieser unmittelbaren und ernsthaften Bedrohung, gegen die dringend etwas unternommen werden muss, unternehmen die bürgerlichen Regierungen nichts, da sie es vorziehen, die kurzfristigen Interessen der Bourgeoisie zu sichern. Selbst das IPCC (der Weltklimarat) sagt, dass die Lösung des Klimawandels einen Systemwechsel erfordert. Auf den Punkt gebracht: einen Bruch mit dem Kapitalismus.

Wenn wir noch länger im kapitalistischen System verharren, werden die Dinge nur noch schlimmer werden. Die Welt braucht mehr denn je einen radikalen Wandel.

Widerstand im Parlament, aber nicht nur

Die eidgenössischen Wahlen sind für die Partei der Arbeit kein Selbstzweck, sondern eine Gelegenheit unter anderen, um sich für eine Veränderung der Gesellschaft zu engagieren. Wir wollen denjenigen Menschen, den Arbeiter:innen, eine Stimme geben, die heute keine wirkliche parlamentarische Vertretung haben, obwohl sie für das Funktionieren unserer Gesellschaft von entscheidender Bedeutung sind.

Der parlamentarische Kampf wird die Probleme des Kapitalismus nicht lösen. Doch er kann den Forderungen der gesamten Bevölkerung Gehör verschaffen und ermöglicht Verbesserungen. Gleichzeitig können die existierenden Interessenvertretungen im Parlament aufgedeckt und bekämpft werden. Wir wollen aufzeigen, dass es selbst in der Schweiz Kräfte gibt, die sich der Diktatur des Kapitals nicht beugen. Aus all diesen Gründen nimmt die Partei der Arbeit an den Wahlen teil, oder wie Lenin sagte: «Die parlamentarische Bühne für unsere revolutionäre Sache nutzen!»

Mit Denis de la Reussille hat die Partei der Arbeit einen Vertreter im Nationalrat, der sich deutlich von den bürgerlichen Parteien und der reformistischen Linken unterscheidet. So reichte unser Nationalrat mehrere parlamentarische Vorstösse ein, um die volksfeindliche Politik des Bundesrates zu kritisieren, soziale Forderungen einzubringen und eine internationalistische Position zu vertreten, welche der Aussenpolitik des Bundes entgegengesetzt ist. Wie zu erwarten war, konnten der Bundesrat und die rechte Mehrheit des Nationalrats nie befriedigende Antworten auf diese Vorstösse geben. Mit mehr gewählten Vertreter:innen der Partei der Arbeit könnte dieser Kampf, eine stärkere Wirkung entfalten.

Dies im Wissen, dass parlamentarische Arbeit nur dann wirksam sein kann, wenn sie von einer starken ausserparlamentarischen Bewegung getragen wird. Deshalb ist der direkte Einbezug der betroffenen Menschen, das Anknüpfen an die konkreten Alltagsschwierigkeiten und die Unterstützung aller Aktionen, welche die direkte Teilnahme der Menschen an Entscheidungsprozessen fördern, für unsere politische Arbeit von zentraler Bedeutung.

Schliesslich sind wir uns bewusst, dass ein beträchtlicher Anteil der Arbeiter:innen in unserem Land nicht wahlberechtigt ist und sich unser Kampf daher hauptsächlich ausserhalb des Parlaments abspielt. Durch ständige Kommunikation mit den gesellschaftlichen Akteur:innen, die die Forderungen der Unterdrückten vertreten, wird es möglich, in den Klassenverhältnissen, die unsere Gesellschaft beherrschen, eine grössere Kraft zu entfalten.

Im Sinne eines radikalen Wandels haben wir dieses Programm diskutiert und verabschiedet.

Eine sehr ungleiche Verteilung des Reichtums

820,95 Milliarden Schweizer Franken. Oder 820 950 000 000 Franken. So hoch war das Gesamtvermögen der 300 reichsten Menschen in der Schweiz im Jahr 2022. Ihr Vermögen stieg innerhalb zwei Jahren um 114 Milliarden, der höchste Anstieg seit Bestehen des Wirtschaftsmagazins Bilanz. Seit 2010 ist das Vermögen der 300 reichsten Personen der Schweiz ungebremst gewachsen.

Ihr durchschnittliches Vermögen belief sich auf 2,74 Milliarden Franken. Im Jahr 1989 betrug es 600 Millionen. Bei diesen 300 Reichsten ist das durchschnittliche Vermögen seither um das 4,2-fache gestiegen, während im gleichen Zeitraum das Bruttoinlandprodukt (BIP) pro Kopf nur um das 3,6-fache gestiegen ist.

Im gleichen Zeitraum hat sich das Vermögen von fast 60 Prozent der Bevölkerung nicht um einen Rappen verändert und blieb unter 50 000 Franken. Bei einer gerechten Verteilung würde das von diesen 300 Personen angezapfte Vermögen etwa 100 000 Franken für jede:n Einwohner:in, einschliesslich der Kinder, ausmachen!.

Eine weitere unglaubliche Statistik: Der Umsatz der 15 grössten Unternehmen, der sogenannten «Big 15», belief sich 2020 auf rund 8694 Milliarden Schweizer Franken. Die drei grössten (Vitol, Glencore International und Cargill International) kommen

zusammen auf einen Umsatz von über 3729 Milliarden pro Jahr. Gleichzeitig nimmt die Kluft zwischen Arm und Reich seit 1989 stetig zu.

Armut für immer mehr Menschen

Im Jahr 2020 lebten laut den Zahlen des Bundesamts für Statistik 722 000 Menschen oder 8,5 Prozent der Bevölkerung unseres Landes unterhalb der Armutsgrenze. Viele von ihnen sind Kinder und Jugendliche. Es gibt aber auch überdurchschnittlich viele Alleinerziehende, Familien mit drei oder mehr Kindern und gering qualifizierte Personen, die nach dem Verlust ihres Arbeitsplatzes keine neue Tätigkeit finden können, die in Sektoren mit geringer Produktivität und niedrigen Löhnen arbeiten oder besonders prekäre Beschäftigungsverhältnisse (Temporär, Arbeit auf Abruf usw.) haben. Davon sind 158 000 Personen «Working Poor», was bedeutet, dass sie zwar angestellt sind, ihr Lohn aber nicht ausreicht, um der Armut zu entkommen.

Die Armutsgrenze lag im Jahr 2020 bei 2279 Franken pro Monat für eine alleinstehende Person und bei 3963 Franken pro Monat für eine Familie mit zwei Elternteilen und zwei Kindern unter 14 Jahren. Nach Abzug der Kosten für Wohnung und Krankenversicherung blieben der alleinstehenden Person pro Monat 986 Franken übrig. Für eine Ein-Eltern-Familie bleiben nur 1834 Franken übrig, für eine Zwei-Eltern-Familie mit zwei Kindern 2110 Franken. Damit müssen Essen, Kleidung, Energieverbrauch und laufende Haushaltskosten, darüber hinaus auch Telekommunikation, Gesundheits- und Körperpflege, Mobilität, Unterhaltung, Weiterbildung und Hobbys bezahlt werden.

Kaum besser geht es den Menschen, die von Armut bedroht sind, das heisst, dass sie bei der kleinsten ungeplanten Rechnung in die Armut abrutschen können. Diese Schwelle liegt bei 2506 Franken pro Monat (30'072 Franken pro Jahr) für eine alleinstehende Person und 5262 Franken für eine Familie mit zwei Kindern. In der Schweiz sind fast 1,3 Millionen Menschen (15,4 Prozent der Bevölkerung) von Armut bedroht. 300 000 von ihnen sind erwerbstätig (8,2 Prozent der Erwerbstätigen). Ein weiteres Problem ist die zunehmende Altersarmut: 2017 bezogen 204 800 Personen Ergänzungsleistungen (EL) zur AHV und 114 200 zur IV. Die Zahl der Personen, die auf EL angewiesen sind, steigt kontinuierlich und verzeichnete von 2013 bis 2021 eine Zunahme um 26 000 Personen.

Diese Situation hat sich seit der Pandemie verschärft. Man braucht sich nur die Tausenden von Menschen anzusehen, welche auf die Lebensmittelverteilung angewiesen waren, um überleben zu können. Ein Problem, dass sich seit der Aufhebung der Massnahmen zur Bekämpfung der Covid-Pandemie noch verschärft hat, da die Strukturen zur Verteilung von Lebensmitteln 2022 noch stärker in Anspruch genommen werden als auf dem Höhepunkt der Pandemie.

Ohne die AHV-Ergänzungsleistungen, die zum Zeitpunkt ihrer Einführung als vorübergehend bezeichnet wurden, könnten etwa 350 000 Menschen nicht angemessen leben. Nicht zu vergessen sind auch die Menschen, die keine EL erhalten, weil sie nicht wissen, dass sie Anspruchsberechtigt sind oder wie man diesen Anspruch geltend machen kann.

Die bürgerliche Politik im Dienst des Finanzmarkts

Man könnte sich fragen, warum das Parlament nichts unternimmt, um diese Zunahme der Armut und der Wohlstandsunterschiede zu verhindern. Die Antwort ist ganz einfach: Die Mitglieder der eidgenössischen Bundesversammlung sind in über 2000 Verwaltungsräte eingebunden. Für ihre Mandate bekommen sie Geld. Sie vertreten dann die Positionen derjenigen, die sie bezahlen und somit indirekt im Parlament vertreten sind. Das sind vor allem Grosskonzerne, die oft auch wichtige Akteur:innen auf dem Finanzmarkt sind. Gewählte stehen somit meist im Dienst der Akteur:innen des Finanzmarkts und sind von ihnen abhängig. Dies ist überall in der bürgerlichen Demokratie der Fall, so auch in der Schweiz. Der von Pharma-, Versicherungs-, und Wirtschaftslobby ausgeübten Druck ist skandalös.

Steuergeschenke und Sozialabbau

Entsprechend diesen Machtverhältnissen fallen auch die politischen Entscheide im Parlament aus. Verkauft werden sie dem Volk unter Stichworten wie «Standortförderung» und «notwendige Sparmassnahmen». Die Fakten sprechen aber eine klar andere Sprache und lassen sich einfach auf den Punkt bringen:

1. Steuererleichterungen für grosse Unternehmen und Reiche
2. Abbau des Sozialstaates

Die Fakten sind eindeutig: Die Kürzungen der Sozialausgaben und die Steuergeschenke stehen in direktem Zusammenhang zueinander.

Die Mehrheit des Parlaments hat es 2019 geschafft, die Unternehmenssteuerreform STAF durch die Volksabstimmung zu bringen – trotz des Scheiterns der USR III in der Volksabstimmung 2017. Die STAF war ein weiteres gigantisches Steuergeschenk für das Grosskapital. Diese Reform war nur möglich, weil sie im Rahmen eines geschnürten Pakets mit einer «sozialen Gegenleistung», einer Zusatzfinanzierung der AHV, verbunden war und aus diesem Grund die Unterstützung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS) und des sozialdemokratisch dominierten Gewerkschaftsapparats erhielt.

Das Versprechen war, dass zumindest auf diese Weise ein Abbau der AHV nicht mehr nötig sein würde. Doch nur wenige Jahre später gelang es der Rechten, eine Erhöhung des Renteneintrittsalters für Frauen und eine Erhöhung der Mehrwertsteuer durchzusetzen, diesmal gegen den Widerstand der SPS.

Fazit: Die Steuergeschenke und der Sozialabbau stehen im direkten Zusammenhang. Und die von der Sozialdemokratie betriebene Politik des «Kompromisses» mit der Rechten ist nichts anderes als die Begleitung einer neoliberalen Politik, ein Verrat auf der ganzen Linie an den Interessen der Arbeiter:innenklasse und den Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit.

Teil des Klassenkampfes

Es könnte auch anders gehen: Allein eine höhere Besteuerung des Vermögens der 300 reichsten Schweizer:innen mit einem Prozent mehr ergäbe eine Einnahme von knapp sieben Milliarden Franken. Und eine Besteuerung von einem Prozent der Umsätze der «Big 15» würde dem Bund Einnahmen von knapp 13 Milliarden Franken beschermen. Zum Vergleich: Die vom Bund für 2023 veranschlagten Gesamtausgaben belaufen sich auf 86,2 Milliarden Schweizer Franken.

Die Verteilung des vorhandenen Reichtums ist eine politische Frage und somit auch eine logische Folge der Interessenvertretungen im Parlament – und somit Teil des Klassenkampfes.

Ungleiche Verteilung des Reichtums ist das sichtbarste Zeichen des Kapitalismus. Einige wenige besitzen fast alles, die Mehrheit fast nichts. Das ist eine Ungerechtigkeit! Die Welt steht Kopf, wir helfen ihr auf die Beine!

Konkret fordern wir:

1. Die Erhöhung der Gewinn- und Kapitalsteuer für Kapitalgesellschaften ;
2. Eine erhebliche Erhöhung der Steuer auf Immobiliengewinne ;
3. Die Einführung einer Steuer auf Finanztransaktionen ;
4. Die Einführung einer eidgenössischen Erbschaftssteuer ;
5. Die Vereinheitlichung der Steuersätze von Gemeinden und Kantonen ;
6. Die Verstaatlichung und somit die demokratische Kontrolle der Banken und Versicherungskonzerne sowie der wichtigen strategischen Wirtschaftssektoren ;
7. Eine Erhöhung der Steuern auf grosse Vermögen und grossen Einkommen ;
8. Die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel ;
9. Die vollständige Abschaffung des Bankgeheimnisses, um den Steueroasen ein Ende zu bereiten ;
10. Die Abschaffung der Pauschalbesteuerung ;
11. Die Beibehaltung der Stempelsteuer ;
12. Die Beibehaltung des Eigenmietzins ;
13. Die Möglichkeit, auf Wunsch die Einkommenssteuern direkt vom Lohn abziehen lassen.

Die Kaufkraft der unteren Klassen erhalten

Neben dem gewaltigen Anstieg der Krankenkassenprämien und den ständig steigenden Mieten muss sich die Bevölkerung unseres Landes nun auch mit der Inflation auseinandersetzen, die ihre Kaufkraft noch weiter auffrisst. Alles steigt, nur die Löhne, die Renten und die Sozialleistungen nicht!

Besonders brutal ist der Anstieg des Strompreises, der im Durchschnitt 27 Prozent beträgt und in einigen Gemeinden sogar noch viel höher ausfällt. Die Lage auf dem Strommarkt ist so katastrophal, dass selbst die bürgerlichen Parteien anerkennen, dass der freie Markt nicht funktioniert und man zu mehr Regulierung zurückkehren muss.

Die Ursachen für diese inflationären Phänomene sind vielfältig. Es gibt einen Aufschwung, der zwar schnell, aber unregelmässig verläuft, was zu einer Störung der Lieferketten und zu Knappheiten führt. Es gibt die Folgen des Krieges in der Ukraine mit steigenden Preisen für fossile Brennstoffe und Lebensmittel. Und schliesslich gibt es rein spekulative Phänomene: Insbesondere die Ölkonzerne machen derzeit Rekordgewinne und sind die ersten Profiteur:innen des Preisanstiegs an den Benzin-Zapfsäulen.

Die Erklärung für inflationäre Phänomene lässt sich jedoch nicht auf das reduzieren. Die Inflation ist lediglich die Form, in der sich die strukturelle Krise des Kapitalismus derzeit manifestiert. Diese Krise war bereits vor der Pandemie im Keim vorhanden. Um die Inflation einzudämmen, sind die Zentralbanken dabei, ihre Leitzinsen zu erhöhen. Das könnte die Inflation eindämmen, könnte aber eine Rezession oder eine Schuldenkrise oder gar beides verursachen. Die Folge wäre eine neue Austeritätspolitik, unter der die unteren Klassen leiden würden. Der Kapitalismus kann keine Lösung für seine eigenen Krisen finden, die er zwangsläufig hervorbringt.

Die Teuerung der Lebenshaltungskosten ist für die unteren Klassen bereits jetzt untragbar. Der Bundesrat ist jedoch der Ansicht, dass vor allem nichts unternommen werden sollte, und das Parlament hat lächerlich unzureichende Massnahmen zur Stützung der Kaufkraft verabschiedet. Das ist nicht tolerierbar! Die Kaufkraft sollte heute eine politische Priorität sein.

Angesichts der steigenden Lebenshaltungskosten befürwortet die PdAS sofort umsetzbare Massnahmen und Ziele für die Arbeitenden, um ihren Lebensstandard gegen die Übergriffe des Kapitals zu verteidigen.

Konkret fordern wir:

1. Die Indexierung (Kopplung) der Löhne, Renten und Sozialleistungen an die Lebenshaltungskosten ;
2. Fixpreise für Güter des täglichen Bedarfs und Treibstoffe ;
3. Staatliche Mietpreiskontrolle. Jede Wohnung ist erfasst, jede Wohnung hat einen fixen Mietzins ;
4. Die Kopplung der Löhne an die Krankenkassenprämien und die Errichtung einer Einheitskrankenkasse;
5. Die Aufrechterhaltung und Ausbau der öffentlichen Dienste und Infrastrukturen, anstatt dem kapitalistischen Markt und seinen Profitforderungen hinterherzulaufen.

Übernahme der Credit Suisse durch die UBS: Vergesellschaftung der Verluste und Privatisierung der Gewinne, das reicht! Eine strukturelle Lösung ist gefragt

Der Bankensektor in der Schweiz wird nach der Enteignung der Aktionär:innen der Credit Suisse durch den Bundesrat, die SNB und die FINMA zugunsten der UBS von einem Monopol beherrscht, dessen Gewicht doppelt so hoch ist wie das BIP der Schweiz. Um dieses Geschäft durchzusetzen, handelte der Bundesrat nach dem Gesetz des Notstands, einem Ausnahmezustand, von dem das Volk nicht einmal wusste, dass er ausgerufen worden war, unter Gebrauch von Ermessensbefugnissen und nach einem geheimen Verfahren. Dies unter dem Druck der USA und der Geheimhaltung aller Dokumente obendrein. Dies stellt ein ernstes demokratisches Problem dar. Die Schweiz schlittert in einen staatsmonopolistischen Kapitalismus unter autoritärer Führung durch den Bundesrat ab. Von einem solchen Wendepunkt ist nichts Gutes zu erwarten. Denn der Bundesrat als kapitalistische Regierung, die er ist, setzt seinen Ermessensspielraum einzig und allein im Dienste der Bürgerlichen und zum Schaden des Volkes ein. Dieselbe Regierung, die in wenigen Tagen neun Milliarden Franken Geldgarantien für die UBS und 100 Milliarden für die SNB, welche der Credit Suisse einen Kredit von 50 Milliarden und der UBS einen von 100 Milliarden gewährte, auf den Tisch legen konnte, kündigte daraufhin einen Sparplan von rund 600 Millionen Franken pro Jahr an. Dies auf dem Rücken der Arbeitslosenversicherung, der AHV sowie Abbau des öffentlichen Verkehrs (SBB). Die PdAS wendet sich entschieden gegen diese Politik der Vergesellschaftung von Verlusten und der Privatisierung von Gewinnen sowie gegen den Ermessensspielraum des Bundesrates. Darüber hinaus trägt die berühmte «Unabhängigkeit» der SNB wenig dazu bei, die Klassenmacht im Dienste der Finanzoligarchie zu verbergen. Diese angebliche «Unabhängigkeit» muss durch demokratische Kontrolle ersetzt werden, für eine demokratisch beschlossene Geldpolitik im Dienste des allgemeinen Interesses des Landes.

Zumal die «Lösung» des Bundesrates darauf hinausläuft, das Problem langfristig zu verschärfen und nicht zu lösen. Die Schaffung eines Private-Banking-Supermonopols, das so gross ist, dass selbst die SNB es nicht retten könnte, kann kaum als gute Idee durchgehen. Und diese Fusion ist nicht in der Lage, den Ausbruch einer Finanzkrise zu verhindern. Denn diese Krise ist struktureller Natur. Es ist eine Krise der Überakkumulation von Kapital, insbesondere von überspannter und parasitärem Finanzkapital. Diese Krise ist potenziell schwerwiegender als die von 2008 und auf jeden Fall komplexer. Denn heute kommt sie zu mehreren bereits bestehenden Krisen hinzu: Inflation, höhere Rohstoffpreise, Knappheit, Unterbrechung der Lieferketten, Kriege, geopolitische Spannungen, Zersplitterung des Weltmarktes in Wirtschafts- und Währungszonen, die dazu neigen, sich immer mehr zu unterteilen. In diesem Gewirr von Krisen gibt es innerhalb des Systems keine richtige Lösung für ein Problem, das ein anderes nicht verschärfen würde.

Die Ursachen der Krise sind struktureller Natur, ebenso wie die Lösungen. Reformistische Massnahmen innerhalb des Systems (mehr Regulierung, mehr Kompetenzen bei der FINMA, mehr Eigenmittelanforderungen usw.) wären völlig unzureichend und würden die Ursachen des Problems nicht angehen. Sie würden keinen Zweck haben, eine neue Krise grossen Ausmasses zu verhindern, aus dem einfachen Grund, dass sich der Kapitalismus strukturell in einer Krise befindet und

notwendigerweise Krisen erzeugt. Ein Systemwechsel ist notwendig. Die PdAS ist der Ansicht, dass der Finanzsektor verstaatlicht und in den Dienst des Gemeinwohls gestellt werden muss. Die Wirtschaft unseres Landes wird derzeit von einem aufgeblähten, parasitären und spekulativen Finanzsektor als Geisel gehalten. Dieser Sektor muss deflationiert, rein spekulative Aktivitäten abgeschafft und die öffentlichen Finanzen in den Dienst einer umstrukturierten Wirtschaft im Interesse des Gemeinwohls gestellt werden. Dies durch die Verlagerung produktiver und ökologisch nachhaltiger Tätigkeiten und durch die Schaffung von sozial nützlichen Arbeitsplätzen.

Für die 35- Stunden Woche

Die Lohnarbeit ist für die grosse Mehrheit der Bevölkerung das wichtigste Mittel, um den Lebensunterhalt zu finanzieren. Das sogenannte Proletariat hat also keineswegs aufgehört zu existieren. Andererseits ist für einige wenige reiche Menschen die Arbeit anderer ein Mittel, um sich auf Kosten der Arbeiter:innen immer mehr zu bereichern, ohne selbst etwas zu produzieren. Im Kapitalismus eignet sich nur eine kleine Anzahl von Menschen den Reichtum an, der durch die Arbeit der Mehrheit entsteht. Das wird als Ausbeutung bezeichnet. Wir wollen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigen und eine gesellschaftliche Entwicklung nach den Bedürfnissen aller ermöglichen.

Jeder Arbeit hat einen Wert. In der kapitalistischen Gesellschaft haben die Arbeiter:innen jedoch nichts über diesen Wert zu sagen: Wer arbeitet, kann nicht entscheiden, wie und was produziert wird. Die Arbeiter:innenklasse in der Schweiz bemüht sich bereits, die wenigen Errungenschaften, die sie erreicht hat, zu verteidigen. Sie ist jedoch weit davon entfernt, sich in die Entscheidungen der Wirtschaftsplanung einbringen zu können.

Förderung einer Politik im Interesse der Arbeiter:innen

Gesamtarbeitsverträge (GAV) sind die wichtigsten gesetzlich verankerten Instrumente, die den Arbeitnehmenden in der Schweiz zur Verfügung stehen, um ihre Rechte an ihren Arbeitsplätzen zu stärken. Die Unterstützung und Förderung einer Politik im Interesse der Arbeiter:innen erfordert daher eine Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften. Dies, um den Inhalt bestehender Gesamtarbeitsverträge zu verteidigen und zu verbessern aber auch in Arbeitsverhältnissen ohne GAV, eine auszuhandeln. Die unbezahlte und damit unsichtbar gemachte Arbeit muss ebenfalls im neuen Arbeitsgesetz anerkannt und erfasst werden.

Gesamtarbeitsverträge sind jedoch nicht die Lösung für alle Probleme. Die Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber:innenverbänden und Gewerkschaften unterliegen strikt dem Prinzip des Arbeitsfriedens, was gewerkschaftliche Aktivitäten erschwert und manchmal sogar illegalisiert. Der im Übrigen in der Verfassung verankerte «Arbeitsfrieden», bleibt für die Arbeiter:innenklasse in Kraft, auch wenn die Arbeitgeber:innen ihn weiterhin missachten. Dies tun sie insbesondere dadurch, dass sie sich nicht an die Verträge halten, die sie selbst unterschrieben haben. Wir haben stets gegen das System des Arbeitsfriedens Position bezogen, da es unter anderem die Schaffung eines echten Arbeitsschutzgesetzes, wie es in vielen europäischen Ländern existiert, verhindert hat.

Die Rechte der Arbeiter:innen

Wir brauchen ein neues Arbeitsrecht, das die Arbeiter:innen und die Gewerkschaften in den Mittelpunkt stellt. Alle Arbeiter:innen müssen die Möglichkeit haben, ihre Delegierten in den Betrieben zu wählen. Die Demokratie darf nicht an den Wahlurnen enden. Die Ausweitung der demokratischen Rechte der Arbeiter:innen ist der einzige Weg, um ihnen langfristig eine bessere Zukunft zu sichern. Die Arbeiter:innenklasse muss mit dem Instrument des Streiks kämpfen können, als kollektives Mittel, um zu entscheiden, die eigene Arbeitskraft nicht zu jedem Preis zu verkaufen. Wie die Internationale Arbeitsorganisation sagt: Das Streikrecht ist das erste der Arbeiter:innenrechte, aus dem sich alle anderen Rechte ableiten.

Digitale Transformation

Die Arbeitswelt verändert sich rasant durch Digitalisierung, algorithmisches Management, Homeoffice, Überwachung, Plattformarbeit, Robotik und so weiter. Die Produktionsverhältnisse werden sich jedoch nicht ändern, die Ausbeutung wird weitergehen. Daher ist es notwendig, in diesen neuen Unternehmensformen für soziale und gewerkschaftliche Rechte zu kämpfen. Letztendlich dient die Technologie in den Diensten der bürgerlichen Klasse ihrer Profitsteigerung, anstatt der Erleichterung der Arbeitstätigkeit. Der ständige Austausch von Produktionsmitteln im Kapitalismus ist eine Notwendigkeit, die auch gewerkschaftliche Massnahmen erschwert. In einer sozialistischen Gesellschaft könnten diese Mittel im Interesse aller eingesetzt werden, doch im Moment bedeuten sie nur Ausbeutung und Kontrolle.

In der Schweiz hat die Covid-19-Pandemie diese Veränderungen drastisch beschleunigt, insbesondere in den Bereichen Homeoffice, Überwachung, algorithmische Verwaltung und Heimvertrieb von verarbeiteten und gastronomischen Produkten.

Die sogenannte Industrie 4.0 vernetzt Menschen, Maschinen und Güter und organisiert ihren Datenaustausch, um den Kapitalismus «effizienter» zu machen. Das zeigt sich in der Produktion und Vertrieb «auf Abruf» und «in Echtzeit», am besten in Einzelstücken auf Kundenwunsch, Lieferungen innerhalb von Minuten und damit verbundene Eingriffe, wann immer sie nötig sind, rund um die Uhr. Im Kapitalismus führt die zunehmende Vernetzung zu einem verstärkten internationalen Wettbewerb um Arbeitsplätze und damit zur Prekarisierung vieler Beschäftigungsverhältnisse.

In diesen neuen Sektoren haben sich zahlreiche Kämpfe entwickelt, darunter ein Streik der Google-Beschäftigten in Zürich Anfang 2023 und, am anderen Ende des Spektrums, bei Uber, Smood und DPD, wo sich die Beschäftigten über hyperflexible Arbeitszeiten, niedrige Löhne und die totale Kontrolle, die diese Unternehmen mit ihren IT-Werkzeugen ausüben, beschwerten.

Doch erweist sich dieses System hinter einer sehr harten Fassade als sehr anfällig. Ein Widerspruch, den Gewerkschafter:innen auszunutzen versuchen, ist zum Beispiel die Aufzeichnung der Arbeitszeiten, die theoretisch vollständig digitalisiert und somit minutengenau erfasst wird. In der Praxis jedoch, versuchen die Arbeitgeber:innen dies zu verbergen, um die enorme Zahl der Stunden, die diese Arbeiter:innen zu leisten gezwungen sind, nicht voll bezahlen zu müssen.

Stoppt den gross angelegten Angriff der Arbeitgeber:innen, der sich hinter der Industrialisierung 4.0 verbirgt

Für die Arbeiter:innen bedeutet «Industrialisierung 4.0» vor allem eine effizientere Ausbeutung ihrer Arbeitskraft. Die digital geforderte und kontrollierte «Selbstoptimierung» in der Arbeitswelt wird zu einer kapitalistischen Forderung, die auch das Verhalten in der Freizeit kontrolliert und diktiert. «Mit der Digitalisierung verschwimmen die Grenzen zwischen Arbeit und Privatleben», stellt die wirtschaftsfreundliche Lobbyorganisation Avenir Suisse in einer im Oktober 2017 veröffentlichten Studie fest. Aus diesem Grund seien neue Regeln erforderlich, die es Unternehmen ermöglichen, die Arbeitszeit flexibel und zeitgemäss zu gestalten. Konkret bedeutet dies: endlose Arbeit rund um die Uhr. Die Autor:innen der Studie empfehlen daher, dass die wöchentliche Höchstarbeitszeit nur noch im Jahresdurchschnitt garantiert werden sollte. Damit wären die «flexibelsten» Arbeitszeiten nach dem Gutdünken der Arbeitgeber:innen erlaubt.

Im Parlament liessen sich die Bürgerlichen nicht lange bitten, um den Lobbys der Industrie 4.0 zu folgen. Die Notwendigkeit von Homeoffice während der Pandemie veranlasste die Vertreter:innen der Grossunternehmen, mehrere Vorstösse einzureichen, die auf eine völlige Deregulierung der Arbeitszeiten abzielen. Sie wollen die Ruhezeiten zwischen einer Schicht und der nächsten auf acht Stunden reduzieren. So hätten die Arbeiter:innen nicht einmal mehr Zeit, nach Hause zu gehen, etwas zu essen und zu schlafen, bevor sie einen neuen Arbeitstag beginnen müssen. Die Arbeitgeber:innen fordern, die wöchentliche Arbeitszeit auf 60 Stunden zu erhöhen, damit die Arbeiter:innen gezwungen sind, ihre beruflichen E-Mails jederzeit zu kontrollieren. Diese Vorschläge gehen genau in die Logik der hypervernetzten Arbeiter:in, der/die stets in den Diensten des Unternehmens steht, das von der Industrie 4.0 idealisiert wird. Unser Entwicklungsmodell steht diesem Trend völlig entgegen: Wir wollen mehr vom Unternehmen unabhängige Freizeit!

Da der gesellschaftliche Reichtum auf Arbeit beruht, ist Arbeit für uns ein Grundrecht für alle Menschen. Jede Arbeit ist wichtig und hat den gleichen Wert. Wir wollen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abschaffen. Die PdAS tritt für die Einführung eines neuen Arbeitsgesetzes ein, das insbesondere die Einrichtung eines Arbeitsgerichts beinhaltet, das heisst eines Gerichts, das über arbeitsbezogene Angelegenheiten zu urteilen hat und für die Arbeiter:innen kostenlos ist.

Konkret fordern wir:

1. Ein verfassungsrechtliches Recht auf Arbeit ;
2. Das uneingeschränkte Streikrecht, wie es die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) vorsieht ;
3. Das Recht, sich während der Arbeitszeit zu Betriebsversammlungen zu versammeln, Vertreter:innen von Betriebsgewerkschaften zu wählen und das Streikrecht auszuweiten, sowie das Recht, Inspektor:innen für die Sicherheit am Arbeitsplatz im Unternehmen zu wählen ;
4. Die Einführung eines menschenwürdigen Lohns von mindestens 4500 Franken pro Monat (24,75 Franken pro Stunde) und eines Mindestlohns für Lehrlinge, der an die Lebenshaltungskosten gekoppelt ist, sowie gezielte staatliche Unterstützung für KMUs, damit sie diese Löhne von 4500 Franken bezahlen können ;

5. Die Einführung eines Maximallohns ;
6. Die gesetzliche Einführung eines 13. Lohns für alle Arbeiter:innen ;
7. Einführung der 35-Stunden-Woche ohne Lohnkürzung, aber mit Personaleinstellung ;
8. Eine maximale tägliche Arbeitszeit von acht Stunden ;
9. Keine Deregulierung der Ladenöffnungszeiten. Eine landesweite Harmonisierung kann nur unter der Bedingung erfolgen, dass die Ladenöffnungszeiten auf maximal elf Stunden pro Tag begrenzt werden ;
10. Die Abschaffung prekärer Arbeitsverhältnisse, das heisst die Einführung eines echten Kündigungsschutzes für alle, das Recht auf Wiedereinstellung und das Verbot von Leiharbeit, Arbeit auf Abruf und Leistungslohn ;
11. Das Recht auf eine von den Unternehmen und dem Staat finanzierte berufliche Weiterbildung ;
12. Die Stärkung des Gesundheitsschutzes und der Sicherheit am Arbeitsplatz, insbesondere durch mehr unangekündigte Kontrollen und Sanktionen gegenüber fahrlässigen Unternehmen ;
13. Finanzielle und strafrechtliche Sanktionen für Unternehmen, die die Lohngleichheit zwischen Männern und Frauen nicht einhalten ;
14. Das Verbot von Entlassungen ohne triftige Gründe ;
15. Kampf gegen Lohndumping und Outsourcing ;
16. Verbot des Missbrauchs der Scheinselbständigkeit durch Unternehmen wie Uber: Wie das Bundesgericht festgestellt hat, müssen die Arbeiter:innen dieser Unternehmen als Angestellte mit den entsprechenden Rechten betrachtet werden
17. Stopp aller Formen der Diskriminierung bei Einstellungen einschliesslich der Verwendung von verzerrten Algorithmen ;
18. Die Anerkennung von Burn-out als Berufskrankheit ;
19. Das Verbot von unbezahlten Langzeitpraktika ;
20. Keine Infragestellung der kantonalen Mindestlöhne, die Vorrang vor allen tieferen, in einem GAV ausgehandelten Löhnen haben müssen ;
21. Verpflichtung des Arbeitgebers, im Arbeitsvertrag ist Folgendes festzulegen: das Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren; paritätische Gewerkschaftsbeiträge, die in den Sozialversicherungen enthalten sind; die Einhaltung der Lohngleichheit ;
22. Für die Lohngleichheit regelmässige und ständige Kontrollen und, wenn sie nicht eingehalten wird, Sanktionen, unabhängig von der Anzahl der Beschäftigten im Unternehmen ;
23. Die Anerkennung der Hausarbeit mit einem Lohn und Beiträgen zur zweiten Säule ;
24. Das Verbot von Massenentlassungen durch Unternehmen, die Gewinne machen oder Dividenden ausschütten ;
25. Die Rückzahlung jeglicher erhaltenen öffentlichen Unterstützung, Zuschüsse oder Steuererleichterungen durch begünstigte Unternehmen, die Entlassungen vornehmen ;
26. Der 1. Mai als nationaler Feiertag ;
27. Ein effektives Recht auf Abschaltung und einen Rahmen für Homeoffice ;
28. Die Verpflichtung des Arbeitgebers, die für die Telearbeit erforderliche Ausrüstung (z. B. Computer) zur Verfügung zu stellen und die Kosten für die berufliche Nutzung der persönlichen Ausrüstung des Haushalts zu entschädigen ;
29. Die Abschaffung von Disziplinar massnahmen oder Entlassungen von Arbeiter:innen durch algorithmische Managementsysteme ohne menschliche Aufsicht.

Für die Aufrechterhaltung und Ausweitung des Service public

Die neoliberale Sparpolitik im Service public hat grossen Schaden angerichtet und viel Leid verursacht. Die Folgen sind gravierend, sowohl für den öffentlichen Dienst als auch für die gesamte Bevölkerung. Durch die Privatisierung gibt es im Vergleich zur Gesamtbevölkerung immer weniger Angestellte im Service public, wie im Fall der Krankenhäuser, was zu Stress und Schwierigkeiten für das Personal führt.

Allen Bundes-, Kantons- und Gemeindeverwaltungen sowie allen öffentlichen und halböffentlichen Diensten wie dem öffentlichen Verkehr, der Telekommunikation, Schulen, Krankenhäusern und der Energieversorgung wurden aus dem Privatsektor übernommene Managementkriterien auferlegt, auch wenn sie für den vorliegenden Fall völlig irrelevant sind.

Wenn es keine wirtschaftlichen Vorteile für das Kapital gibt, werden notwendige Investitionen nicht oder nicht im erforderlichen Umfang getätigt. Die Beschäftigten werden in eine individualistische, auf der Leistungsgesellschaft basierende Logik gedrängt, unrentable und doch unerlässliche Dienstleistungen werden reduziert oder sogar abgeschafft. Neben dem Abbau von Arbeitsplätzen und der Erhöhung der Arbeitslosigkeit verschlechtern sich auch die öffentlichen Dienstleistungen erheblich.

Gegen den Abbau des Service public kämpfen

Die Umsetzung der neoliberalen Politik im Service public ist zum Mantra geworden. Die Folgen für das Personal, sowie für die gesamte Bevölkerung sind schwerwiegend.

Glücklicherweise sind bestimmte Berufsgruppen wie Lehrer:innen oder das Pflegepersonal in der Lage, sich zu mobilisieren und Widerstand zu leisten. In einigen Fällen haben sie die von den Lokalregierungen geförderte neoliberale Politik verlangsamt. Gegenüber der derzeitigen Regierung muss die Mobilisierung gegen den Abbau des Service public fortgesetzt werden. Wir werden uns jedem Abkommen mit der EU entschieden widersetzen, das darauf abzielt, den Abbau des öffentlichen Sektors (Gesundheit, öffentlicher Nahverkehr, Bildung ...) und die Privatisierung vieler wichtiger Grundversorgungsleistungen wie Wasser, Schulen usw. zu fördern.

Die Privatisierung des Service public und ihre Liberalisierung sind politische Massnahmen in den Diensten des Profits von Unternehmen und Besitzer:innen. Für die Arbeiter:innen bedeutet dies eine Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen. Ein Beispiel dafür ist die Zerschlagung der Post.

Den Abbau der Post stoppen

Im Jahr 2000 gab es in der Schweiz 3500 Poststellen. Im Jahr 2020 waren es nur noch 962, eine Zahl, die unterdessen weiter auf nur noch 800 gesunken ist. Ein Verlust von 77 Prozent in 20 Jahren! Trotz einer Reihe von parlamentarischen Vorstössen auf kantonaler und eidgenössischer Ebene sowie einer grossen Anzahl von Petitionen wütender Bürger:innen scheinen die Verantwortlichen der Post nicht gewillt zu sein, diese Unzufriedenheit der Bevölkerung zu hören. Dies stellt eine Missachtung der

Bürger:innen sowie des Postpersonals dar. Die PdAS fordert den sofortigen Stopp des Abbaus des Postdienstes, um eine flächendeckende Grundversorgung zu gewährleisten. Die PdAS verlangt weiter, dass die Gemeinden und die Bürger:innen vor jedem Abbau oder jeder Umwandlung von Poststellen konsultiert werden.

Derzeit werden Postämter durch Postagenturen in kleinen lokalen Geschäften ersetzt, in denen die Ladenbesitzer:innen ausgebeutet und mit einer lächerlichen Prämie bezahlt werden. Viele Ladenbesitzer:innen haben schliesslich darauf verzichtet, solche Agenturen zu eröffnen. Die Agenturen bieten weder gleiche Leistungen noch eine hohe Qualität der Dienstleistung. Schliesslich entledigt sich die Post ihrer Verantwortung, die im Postgesetz in Art. 13, Abs. 1 festgehalten sind: «Die Post gewährleistet die Grundversorgung mit Postdiensten», sowie: «Die Post stellt landesweit ein flächendeckendes Netz von Zugangspunkten sicher».

Gewährleistung eines qualitativ hochwertigen Service public

Durch den Abbau der Postämter wird der Zugang zu den Dienstleistungen für immer mehr Personen (ältere Menschen, Menschen mit eingeschränkter Mobilität, Menschen mit langen Arbeitszeiten usw.) erheblich erschwert. Es werden immer mehr Aufgaben, die früher von Mitarbeiter:innen übernommen wurden, automatisiert. Eine solche Entwicklung ist zwar zu begrüssen, wenn dadurch die Schwere der Arbeit beseitigt werden kann. Sie ist jedoch zu kritisieren, wenn dadurch Hunderte von Arbeitsplätzen und Ausbildungsplätzen abgebaut werden, nur um den Gewinn des Unternehmens zu steigern. Die Automatisierung könnte es nämlich ermöglichen, die Arbeitszeit der Arbeiter:innen bei gleichem Lohn zu reduzieren und so die Früchte der Automatisierung unter allen zu verteilen sowie die Lebensbedingungen derjenigen zu verbessern, die die Post täglich am Leben erhalten.

Stattdessen werden die Postmitarbeiter:innen bei ihrer Arbeit immer stärker unter Druck gesetzt. Denjenigen, die die Politik der Führungskräfte infrage stellen, wird mit Entlassung gedroht. Viele Briefträger:innen haben einen befristeten Job und werden von Temporärbüros wie ADECCO angestellt, unter Druck gesetzt, zeitlich gesteuert und elektronisch überwacht. Schalterangestellte sind gezwungen, Lotterielose oder Versicherungen zu verkaufen, wobei sie einen bestimmten Umsatz erzielen müssen, um nicht bestraft zu werden. Dem Unternehmen geht es jedoch sehr gut, mit einem Gewinn von über 457 Millionen Franken im Jahr 2021 und einem Jahresgehalt für den Konzernleiter von fast 1 000 000 Franken.

Die Post ist ein öffentlich-rechtliches Unternehmen, das zu 100 Prozent dem Bund und damit den Bürger:innen gehört. Sie darf nicht wie ein Privatunternehmen geführt werden, dessen Zweck es ist, um jeden Preis Gewinne zu erzielen! Die Aufgabe der Post ist es, die flächendeckende Zustellung von Briefen und Paketen zu gewährleisten, und nicht, Gewinne zu erwirtschaften.

Wir verteidigen den Service public und seine Rolle beim Aufbau einer gerechteren und solidarischen Gesellschaft. Unsere Gegner:innen hingegen versuchen, den potenziellen Profit jeder Tätigkeit zu maximieren und daher solche öffentlichen Dienste zu privatisieren. Die Post, die SBB, die Swisscom, die Krankenhäuser, all das sind Beispiele für den Appetit derjenigen, die nur auf ihre Profite bedacht sind.

So geschehen im Spital «La Providence» in Neuenburg: Nachdem das Spital von der privaten Gruppe Genolier aufgekauft worden war, wurde der GAV gekündigt und die nichtmedizinischen Dienste, die nicht zur Pflege gehören, wurden ausgelagert. Die Konsequenz war, dass die Löhne gesenkt und Stellen abgebaut wurden. Dies geschah mit dem Einverständnis der Neuenburger Regierung, die es der Genolier-Gruppe erlaubte, den GAV infrage zu stellen, obwohl eine Verordnung festlegte, dass der Vertrag eingehalten werden muss, um öffentliche Aufgaben im Gesundheitswesen zu erfüllen.

Für gleiche Rechte und ein würdevolles Leben für alle

Der Grundsatz der Gleichberechtigung besteht seit 1981 mit dem Gleichstellungsgesetz, das die Diskriminierung von Frauen im Berufsleben beseitigen soll. Artikel 8 der Bundesverfassung besagt: «Mann und Frau sind gleichberechtigt.» Dies gilt für die rechtliche Gleichstellung in der Familie, in der Erziehung und im Beruf. Die PdAS unterstützt konsequent das Prinzip der Gleichheit der Geschlechter.

Milliarden sparen auf dem Rücken der Frauen

Es ist also verboten, für die gleiche Arbeit Frauen geringer zu entlohnen als Männer. Doch in der Praxis wird dieses Verbot missachtet. Mehr als zwei Jahrzehnte sind seit der Einführung des Gleichstellungsgesetzes verstrichen und die Frauen verdienen immer noch 18 Prozent weniger als Männer in einer vergleichbaren Position. Wenn die unsichtbare Arbeit, wie die Fürsorgearbeit auch noch einbezogen wird, steigt diese Ungleichheit auf 40 Prozent. Eine kleine Rechnung zeigt, um welche Beträge die Frauen betrogen werden: Wenn der Mann 4500 Franken verdient, erhält die Frau für eine gleichwertige Arbeit nur 3600 Franken. Jedes Jahr beläuft sich der Wert der unbezahlten Betreuungsarbeit, die mehrheitlich von Frauen geleistet wird, auf 242 Milliarden Franken. Insgesamt bedeutet dies einen Verlust von rund 10 000 Schweizer Franken pro Jahr für jede Frau. Dieser Betrag beläuft sich über das gesamte Berufsleben auf rund 350 000 Schweizer Franken.

Die Gleichheit der Geschlechter ist im Kapitalismus nicht umsetzbar

In unserer kapitalistischen Gesellschaft ist die wirtschaftliche Ungleichheit, die Frauen im Vergleich zu Männern erleiden, nicht mehr zu leugnen: niedrigere Renten, Lohnungleichheit, Einstellungshemmnisse, gläserne Decken bei der beruflichen Entwicklung, unsichere Arbeitsverhältnisse für alleinstehende Frauen mit Kindern, Arbeitsplätze mit sehr niedrigen Löhnen, die überwiegend von Frauen besetzt werden... Die Liste ist lang. Es ist ein auffälliges Merkmal von Klassengesellschaften, dass den Frauen primär die Rolle in der «familiären Sphäre» zugewiesen wird und bloss ein zweitrangiger Platz in der «Produktionssphäre», sprich in der Wirtschaft. So besteht in den Augen der Arbeitgeber:innen im Vergleich zu den männlichen Arbeitskräften die Besonderheit der Frauen darin, dass sie aufgrund ihrer potenziellen Mutterschaft eine geringere Verfügbarkeit aufweisen. Im Rahmen des kapitalistischen Systems ist die potenzielle oder tatsächliche Mutterschaft von Frauen im Laufe ihres Lebens alles andere als ein unbedeutendes biologisches Detail: Rund um diese

Unterscheidung werden die geschlechtsspezifischen Strukturen der Ausbeutung (insbesondere die Lohnungleichheit) und die Ideologie, die sie legitimiert, artikuliert.

Dies ist jedoch auch auf das Patriarchat und die von ihm definierten Geschlechterrollen zurückzuführen. Es handelt sich um ein Erbe, von dem die Märkte und die Arbeitgeber:innen profitieren.

Diese Auffassung von geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung hat eine Wirkung. In der Schweiz ist der Anteil der Teilzeitbeschäftigung von Frauen der zweithöchste unter den OECD-Ländern, gleich nach den Niederlanden: 58,6 Prozent der Frauen arbeiten Teilzeit, verglichen mit 18,2 Prozent der Männer. Diese Teilzeitarbeit ist häufig mit einer finanziellen Unsicherheit verbunden.

Wir unterstützen aktiv die Kämpfe für die Durchsetzung der Lohngleichheit. Dabei verlieren wir jedoch die langfristige Perspektive nicht aus den Augen: Die vollständige Emanzipation der Geschlechter kann nur durch die Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise erreicht werden. Das heisst, nur wenn die Arbeiter:innen die demokratische Kontrolle über die Produktionsmittel erlangen, werden sie nicht mehr als willkürlich ausbeutbare und als zweitklassige Arbeitskräfte mit begrenzten Ambitionen betrachtet werden. Daher beteiligen wir uns aktiv an Kämpfen für die Durchsetzung der Lohngleichheit wie etwa am Frauenstreik 2019 und 2023.

Wir wissen, dass von den politischen Institutionen auf dieser Ebene nicht viel zu erwarten ist. Nach dem Frauenstreik 2019 ist der Anteil an Frauen in den Parlamenten etwas grösser geworden. Aber das Beispiel der Gegenreform AHV21 hat bestätigt, dass eine rechte Parlamentarierin keine Skrupel hat, gegen die Interessen der Frauen zu stimmen. Aus diesem Grund ist es notwendig, dass Frauen aktiv am Veränderungsprozess teilnehmen und eine Politik entwickeln, die allen Ausdrucksformen des Patriarchats kritisch gegenübersteht.

Geschlechtsspezifische Gewalt bekämpfen

In der Schweiz, wie auch weltweit, sind Frauen sowie Queer- und Trans-Personen vielfacher Gewalt ausgesetzt: physischer, psychischer, struktureller und wirtschaftlicher Gewalt. Alle zwei Wochen findet in der Schweiz ein Feminizid statt.

Häufig wird diese Gewalt versteckt ausgebeutet und erniedrigt den Körper der Frau, den man auch als Ware und Werbeinstrument benutzt. Diese sexuelle Gewalt ist Ausdruck der patriarchalischen Aneignung des weiblichen Körpers und bringt Frauen überall in eine verletzte Lage. Dasselbe gilt für die verschiedenen Angriffe auf die bereits erworbenen Rechte.

Strukturelle Diskriminierung von sexueller Orientierung und Geschlechtsidentitäten, die als «nicht konform» eingestuft werden, stellt eine weitere Form der Gewalt dar, die sich zwangsläufig aus dem Patriarchat ergibt.

Ohne einen radikalen Kampf gegen Sexismus und Patriarchat können keine gesellschaftlichen und sozialen Veränderungen stattfinden. Dies ist ein Kampf, der uns alle angeht. Um eine solidarische Gesellschaft aufzubauen, in der alle gleichberechtigt

sind, ist es notwendig, dass wir gemeinsam kämpfen, Seite an Seite, Menschen aller Geschlechter!

Konkret fordern wir:

1. Die Durchsetzung der Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern
2. Die gesetzliche Verpflichtung (mit Kontrollen) für die Unternehmen, Lohnunterschiede transparent zu machen
3. Die Einführung eines 18-monatigen bezahlten Elternurlaubs zur Aufteilung unter den Elternteilen und Verbot der Entlassung von Eltern, die nach dem Elternurlaub an ihren Arbeitsplatz zurückkehren
4. Die Gewährleistung eines qualitativ hochwertigen und kostenlosen Zugangs für alle zu frühkindlichen und außerschulischen Betreuungseinrichtungen (bis 13 Jahre)
5. Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt
6. Das Recht jedes Menschen auf Selbstbestimmung über seinen Körper, das insbesondere den Zugang zur Verhütung sowie den Abbruch einer Schwangerschaft garantiert
7. Sexualkundeunterricht in der Grundschule, in dem die Themen Missbrauch, Geschlecht, Stereotypen und Diskriminierung behandelt werden
8. Die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Menstruationsartikel und eine kostenlose Bereitstellung in Bildungseinrichtungen und an öffentlichen Orten
9. Die Umsetzung der Istanbul-Konvention, in der anerkannt wird, dass Gewalt gegen Frauen eine Menschenrechtsverletzung darstellt
10. Die Durchführung von Präventionskampagnen gegen jegliche physische und psychische Gewalt gegen Frauen, mitunter bei Gynäkolog:innen, medizinischen Versorger:innen, Zahnärzt:innen, Apotheken etc.
11. Eine Garantie der finanziellen Mittel und Ressourcen für spezifische Dienstleistungen für Frauen
12. Die Unterstützung der «Nur Ja-heisst-Ja»-Lösung in Bezug auf die Zustimmung zum Geschlechtsverkehr
13. Die Garantie, dass Anzeigen von Frauen, die Opfer von Gewalt geworden sind, systematisch von der Polizei aufgenommen werden, und eine bessere gerichtliche Verfolgung
14. Eine spezielle Ausbildung der Polizei und die Möglichkeit für weibliche Gewaltopfer, selbst zu entscheiden, ob sie möchten, dass ihr Fall nur von einer Frau bearbeitet wird
15. Die Einführung eines Präventivplans in Schulen, Gymnasien und Berufsschulen gegen sexistische und sexuelle Gewalt, der das Erlernen von Einverständniserklärungen von klein auf fördert
16. Die Entwicklung der Forschung im Bereich der Empfängnisverhütung, z. B. die Pille für den Mann und nicht-hormonelle Verhütungsmittel
17. Die Übernahme der Kosten für dauerhafte medizinische Verhütungsmassnahmen, wie Vasektomien oder Sterilisationen, durch die gesetzliche Krankenversicherung
18. Die Übernahme der Kosten für geschlechtsangleichende Operationen und Massnahmen wie die Hormontherapie durch die gesetzliche Krankenversicherung.

Gleiche Rechte für alle

Sexismus ist die Unterdrückung, die die Geschlechter hierarchisiert, indem sie getrennte Gruppen schafft, die auf unterschiedliche Weise ausgebeutet werden. Dieses Muster wird jeder und jedem aufgezwungen, und jede Abweichung davon wird sozial und rechtlich unterdrückt.

Konkret fordern wir:

1. Den Schutz vor Gewalt und Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der sexuellen Orientierung und der Geschlechtsidentität ;
2. Die Beendigung der rechtlichen Diskriminierung homosexueller Paare und Eltern;
3. Ein Ende der Psychiatrisierung von Transidentitäten und die rechtliche Anerkennung des gelebten Geschlechts ohne Zwangssterilisation ;
4. Das Recht auf geschlechtliche Selbstbestimmung für intersexuelle und transsexuelle Menschen und den Zugang zu medizinischer Behandlung, wenn dies gewünscht wird ;
5. Präventivkampagnen zur Bekämpfung von sexueller, homophober und transphober Gewalt in Unternehmen, Schulen, Sportvereinen usw. ;
6. Unterkünfte für LGBT-Personen, die von ihren Familien abgelehnt oder ausgestossen werden ;
7. Die Einführung eines ehrgeizigen Präventionsplans gegen Mobbing und Selbstmord, von denen LGBT+-Jugendliche besonders hart betroffen sind.

Lösungen für den Klimanotstand, Kampf gegen die wirklichen Verantwortlichen der Umweltzerstörung

Das Thema Ökologie wird oft als ein allgemeines Problem dargestellt, für das alle einzelnen ihren Teil der Verantwortung tragen. Die Vertreter:innen der Mainstream-Ökologie befürworten einen unmöglichen und widersprüchlichen grünen Kapitalismus und einen unsozialen Umweltschutz. Sie zielen vor allem auf die individuelle Verantwortung der «Konsument:innen» ab – die unabhängig von ihrer Klassenzugehörigkeit nicht unterscheidbar sind. Zum Beispiel wurde das Prinzip des ökologischen Fussabdrucks von der Öl-Lobby eingeführt, um den Fokus auf das Individuum zu legen. Als bevorzugtes Instrument wird auf «Anreizsteuern» zurückgegriffen, die sozial ungerecht sind, da sie die unteren sozialen Schichten hart treffen, deren Verantwortung für die aktuelle Katastrophe jedoch schwindend gering ist. Und die «Anreizsteuern» sind ineffizient, weil dadurch die Reichen ihren ökologisch unhaltbaren Lebensstil fortsetzen können, ohne dass für sie zusätzliche Kosten entstehen. Und dies, obwohl sie die Hauptverantwortlichen dafür sind, dass der ganzen Welt ein umweltschädigendes Wirtschaftssystem aufgezwungen wird.

Die PdAS widersetzt sich dieser Perspektive und ist der Ansicht, dass die einzige Möglichkeit, unseren Planeten zu erhalten, darin besteht, unsere natürlichen Ressourcen auf nachhaltige, umfassende und solidarische Weise zu verwalten. Dies erfordert einen Systemwechsel. Mehr denn je ist es notwendig, Lösungen gegen die Umweltzerstörung zu finden. Diese Zerstörung ist das Ergebnis der kapitalistischen Produktionsweise und ihres Imperativs der endlosen Kapitalakkumulation, der neoliberalen Globalisierung und des völligen Fehlens von Regeln für multinationale Unternehmen. Das Ziel dieser multinationalen Unternehmen ist und bleibt es, ihre Profite so weit wie möglich zu maximieren, unabhängig von den ökologischen und sozialen Folgen. Aber ihre Ziele sind nicht unsere Ziele!

Die Grossunternehmen plündern weiterhin die natürlichen Ressourcen der Welt, vor allem in den ärmsten Ländern. Ohne radikale Veränderungen werden sie dies auch weiterhin ungestraft tun können – mit tragischen Folgen für die Umwelt und die Menschen. Gleichzeitig werden sie weiterhin eine Lebens-, Produktions- und konsumweise in den reichen Ländern fördern, die das ökologische Gleichgewicht der Erde gefährdet. In Übereinstimmung mit den im Carbon Major Report (CDP, 2017) dargestellten Daten wird festgestellt, dass 100 Unternehmen allein für 71 Prozent der Treibhausgasemissionen zwischen 1988 und 2015 verantwortlich sind. Daher müssen in erster Linie diese Grossunternehmen zur Verantwortung gezogen werden. Der ökologische Fussabdruck ist je nach sozialer Schicht eindeutig nicht derselbe. So sind die reichsten zehn Prozent der Weltbevölkerung für 50 Prozent, die ärmsten 50 Prozent nur für zehn Prozent der Treibhausgasemissionen auf der Erde verantwortlich. Allein in der Schweiz verursacht der Finanzplatz jährlich 15- bis 20mal mehr CO₂-Emissionen als die gesamte Bevölkerung zusammen. Der Lebensstil der Reichsten ist grundsätzlich umweltschädlich und daher nicht mehr tolerierbar.

Schweizer Multis stehen an der Spitze des Wettlaufs um die natürlichen Ressourcen: Nestlé, die Meisterin der Wasserprivatisierung in den Ländern des Südens, Glencore, die Königin des Rohstoffhandels, oder Syngenta, der weltweit grösste Wasserverschmutzer, sind nur einige Beispiele für Schweizer Global Player, die im Namen ihrer Profite die Umwelt gnadenlos ausbeuten. Sie sind die wahren

Verantwortlichen für die sich anbahnende Katastrophe und daher für die unerlässlichen Veränderungen bezahlen müssen. Wir sitzen eindeutig nicht alle im selben Boot, und es ist nicht «die Menschheit» im Allgemeinen und unterschiedslos, die für die aktuelle Situation verantwortlich ist. Diejenigen, die für die Umweltzerstörung verantwortlich sind, können beim Namen genannt werden und sind daher identifizierbar. Und wenn man nicht gegen sie vorgeht, ist es sinnlos, von Ökologie zu sprechen.

Wir müssen uns auch gegen die Usurpation von Land und Grünflächen wehren. Unter Usurpation verstehen wir die Aneignung von Gebieten durch den Immobilienmarkt, die dann zunehmend zubetoniert werden, ohne einer Logik der Raumentwicklung und -planung zu folgen. Das Ergebnis ist eine kontinuierliche Verschlechterung unserer Lebensqualität sowie jener der zukünftigen Generationen.

Der ökologische Kampf ist Teil des Klassenkampfes

Die anhaltende Zerstörung der Umwelt ist das Ergebnis der kapitalistischen Ausbeutung der Natur und des grenzenlosen Profitstrebens. Das kann heute niemand mehr bestreiten. Die Umweltprobleme können daher nicht vom Klassenkampf getrennt werden. Sie verschärfen und intensivieren ihn, weil die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen im ausbeuterischen kapitalistischen System nicht dauerhaft verhindert werden kann.

Ab sofort müssen alle kapitalistischen Regierungen verpflichtet werden, Massnahmen zum Umwelt- und Klimaschutz umzusetzen, um das Überleben des Planeten und der Lebewesen zu sichern.

Der sechste Bericht des IPCC lässt keinen Raum für Unklarheiten: Ohne eine schnelle, radikale und meist sofortige Reduzierung der Treibhausgasemissionen in allen Sektoren wird es unmöglich sein, das Ziel zu erreichen, die globale Erwärmung auf 1,5°C im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter oder gar auf 2°C zu begrenzen. Und wir wissen genau, dass jedes Zehntelgrad über 1,5°C – selbst 1,5°C sind bereits ein dramatisches Szenario, aber das ist das geringste Übel, auf das wir noch hoffen können – erhebliche Auswirkungen hat und einen weniger bewohnbaren Planeten für unsere Spezies und immer wiederkehrende Klimakatastrophen bedeutet. Wir befinden uns derzeit bereits bei 1,2°C und die Auswirkungen sind mit bloßem Auge zu erkennen: ein sprunghafter Anstieg extremer Wetterereignisse, verheerende Stürme, katastrophale Dürren, Hitzewellen, die ganze Regionen unbewohnbar zu machen drohen, steigende Wasserstände, die ganze Länder in Ozeanien, überfluten könnten sowie das Aussterben unzähliger Tier- und Pflanzenarten. Eine Studie reiht sich an die andere, eine beunruhigender als die andere. Laut einer aktuellen Studie, die in der Zeitschrift «Earth Systems Dynamics» veröffentlicht wurde, könnte die Durchschnittstemperatur in Europa bis zum Ende des Jahrhunderts um 6,7°C ansteigen.

Dürren, Hitzewellen, Überschwemmungen und Nahrungsmittelknappheit aufgrund der Auswirkungen auf die Landwirtschaft werden sich nur noch verschlimmern. Die Schweiz ist ebenfalls betroffen: Die Landwirtschaft erleidet Schäden, die noch zunehmen werden, die Sommer werden sehr trocken, die Gletscher schmelzen und die Wasserversorgung des Landes wird immer problematischer. Um die globale Erwärmung auf 1,5°C zu halten, müssten die Treibhausgasemissionen bis 2030

unbedingt auf Netto-Null gesenkt werden. Dazu muss die Nutzung fossiler Brennstoffe drastisch und unverzüglich reduziert werden. Die gute Nachricht ist, dass es durchaus möglich ist, die Treibhausgasemissionen bis 2050 um 40 bis 70 Prozent zu senken und gleichzeitig einen angemessenen Lebensstandard für alle Menschen zu gewährleisten. Um diese Ziele zu erreichen, muss man gegen die Interessen einer Minderheit vorgehen, die vom derzeitigen System profitiert, mit dem unbedingt zu brechen ist. Das IPCC spricht im Übrigen nicht mehr von «Übergang», sondern von «sozioökonomischen Transformationen».

Doch trotz der Dringlichkeit steigen die Treibhausgasemissionen regelmässig weiter an. Die kapitalistischen Entscheidungsträger:innen tun nichts oder zu wenig – und noch schlimmer: Sie versuchen, in dieser angekündigten Katastrophe Möglichkeiten für neue Profite zu finden. Wenn sie nicht offen klimaskeptisch sind, tun sie so, als würden sie die Wissenschaftler:innen nicht hören, die vor der Dringlichkeit warnen, um dann so weiterzumachen, als wäre nichts geschehen. Die Monopole und ihre Lobbyist:innen tun alles, um die Verschmutzung der Umwelt so lange wie möglich fortsetzen zu können, ganz nach dem Motto: Profite sofort, und nach uns die Sintflut! Die Überwindung des Kapitalismus ist dringend notwendig, damit die Menschheit und der Planet überlebt!

Da es ohne einen Bruch mit dem Kapitalismus und seiner Überproduktion keine wirkliche und nachhaltige Lösung für die ökologischen Probleme geben wird, kämpfen wir für die einzige Alternative zum Kapitalismus: den Sozialismus. Durch die Planung der Wirtschaft nach rationalen Kriterien wird der Sozialismus die Entwicklung der Menschheit unter Beachtung der Umwelt ermöglichen, sauberes Wasser für alle statt Champagner für wenige garantieren und ein harmonisches Zusammenleben zwischen Menschheit und Natur ermöglichen.

Die Ursachen für Umweltprobleme sind das Streben nach möglichst schnellem Profit und der endlose Konsum, sowie die rücksichtslose Ausbeutung der Natur unter dem Befehl des Grosskapitals. Eine gesunde Umwelt ist ein Gut, das allen Lebewesen gehört und daher erhalten werden muss.

Finanzen

Der von den Behörden unterstützte Schweizer Finanzsektor ist für das 22-fache der gesamten Treibhausgasemissionen verantwortlich, die die gesamte Bevölkerung unseres Landes legal ausstösst. Dies kann nicht länger so weitergehen. Wir schlagen vor, alle Investitionen in fossile Energien unverzüglich zu verbieten und das Geld in die Entwicklung erneuerbarer Energien umzuleiten, um so schnell wie möglich aus der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen herauszukommen. Um wirksam zu sein, erfordert eine solche Politik eine öffentliche Kontrolle des Finanzsektors.

Konkret fordern wir:

1. Die Rücknahme von Investitionen öffentlicher Gelder (insbesondere von Pensionskassen) aus fossilen Energieträgern ;
2. Das Verbot für Schweizer Unternehmen, in die Förderung fossiler Energien zu investieren ;
3. Das Verbot der Spekulation mit Rohstoffen ;
4. Die öffentliche Kontrolle des Finanzsektors ;
5. Die Zuweisung von Ressourcen zugunsten des ökologischen Übergangs sowie sozial und ökologisch sinnvoller Projekte ;
6. Das Ende der Sparmassnahmen und der Schuldenbremse. Der Staatshaushalt muss sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientieren. Die Ausgaben müssen auf Kosten von grossen Unternehmen und Vermögen ausgeglichen werden.

Energie

Die Zeit der leicht zugänglichen und billigen Energie ist endgültig vorbei. Wir befinden uns in einer Zeit der Preiserhöhungen, Knappheit und der Gefahr von noch grösserer Knappheit. Die bürgerlichen Regierungen sind nicht in der Lage, dieses Problem zu lösen, das im Rahmen des Kapitalismus unlösbar ist. Sie spielen heute die Energiesicherheit gegen die Ökologie aus, verzögern den notwendigen Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen und versuchen, die russischen fossilen Brennstoffe durch andere Versorgungsquellen zu ersetzen. Dies trotz einer katastrophalen Sozial- und Umweltbilanz. Sogar die Kohleindustrie profitiert von einem Comeback! Der Bundesrat macht es nicht besser als andere Regierungen. Wir sind der Überzeugung, dass strukturelle und radikale Veränderungen erforderlich sind, statt schlechte, vorübergehende Lösungen.

Konkret fordern wir:

1. Die Erhaltung der lebensnotwendigen Ressourcen in öffentlicher Hand, um ihre umweltfreundliche Nutzung und Verwertung zu gewährleisten (Wasser, Strom, Heizung etc.) ;
2. Die Verstaatlichung privater Energieunternehmen ;
3. Massive staatliche Investitionen in Forschungsprojekte zu erneuerbaren Energien;

4. Die Übernahme und Planung der Stromverteilung durch die öffentliche Hand; Rücknahme der Liberalisierung des Strommarktes ;
5. Die Weiterentwicklung von Technologien zur Energiespeicherung (Pumpspeicherkraftwerke, elektrothermische Speicherung, Umwandlung von Strom in Gas, Speicherung durch Druckluft, Biomasse) ;
6. Umfangreiche, geplante und sozial gerechte Energiesparmassnahmen; eine gross angelegte Kampagne zur Isolierung von Altbauten, die im Übrigen Arbeitsplätze schafft; sparsamer Umgang mit Energie ist ein Muss, um eine ökologisch nachhaltige Gesellschaft zu erreichen ;
7. Die Förderung lokaler Lösungen für die Eigenproduktion erneuerbarer Energien ;
8. Ein vollständiger Verzicht auf fossile Brennstoffe bis 2050. Lineare und kontrollierte Reduzierung ihrer Nutzung spätestens ab 2025 ;
9. Den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie und ihre Ersetzung durch erneuerbare Energien ;
10. Rückkehr der Unternehmen, die sich für den freien Markt entschieden haben, in den regulierten Strommarkt. Dies verbindlich und endgültig sowie ohne Preiserhöhungen für Privatkunden ;
11. Ein Energieabkommen mit der EU zur Gewährleistung einer umweltfreundlichen Energiepolitik in Europa.

Landwirtschaft

Die Entscheidungen über Landwirtschaft und Ernährung werden weitgehend durch multilaterale oder bilaterale Handelsabkommen bestimmt. Wir wollen, dass die Bauern und Bäuerinnen sowie die Schweizer Bevölkerung souverän entscheiden können, welche Art von Lebensmitteln sie konsumieren wollen. Unser Ziel ist eine drastische Verringerung des Pestizideinsatzes. Wir wollen schrittweise zu einer agrarökologischen Schweiz gelangen, deren Ziel die Entwicklung einer nachhaltigen Landwirtschaft ist, die Chemikalien durch biologische Wirkstoffe ersetzt und eine wirtschaftliche, ökologische und soziale Dimension umfasst.

Konkret fordern wir:

1. Zugang zu gesunden und ausreichenden regionalen Lebensmitteln für alle Menschen ;
2. Eine vielfältige und nahrhafte Landwirtschaft, die unsere wertvollen natürlichen Ressourcen, insbesondere den Boden, berücksichtigt, unser Saatgut schützt und auf alles verzichtet, was die Verbraucher:innen gefährden könnte (GVOs etc.) ;
3. Eine drastische Reduzierung von Pestiziden und ein sofortiges Verbot von Glyphosat ;
4. Eine staatliche Unterstützung für Kleinbauern und -bäuerinnen, damit sie ihren Angestellten mindestens 4500 Franken pro Monat zahlen können ;
5. Eine landwirtschaftliche Produktion, die Ernährungssouveränität anstreben kann, indem die Preise so festgelegt werden, dass alle Bauern und Bäuerinnen ein würdiges Leben führen können, und indem der Schutz für einheimische Lebensmittel erhöht wird ;

6. Produktionsstandards, die nach den Anforderungen der Konsument:innen sowie der Produzent:innen und keinesfalls von den EU-Führer:innen festgelegt werden. Daher wollen wir, dass die Schweiz das Cassis-de-Dijon-Prinzip aufgibt ;
7. Eine Agrarpolitik, die darauf abzielt, die Menge an importierten Lebensmitteln zu begrenzen, um die lokale Produktion und den Direktverkauf zu bevorzugen;
8. Die Erhaltung der Anbauflächen, insbesondere der Fruchtfolgeflächen, sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht ;
9. Beendigung der Massentierhaltung, Schutz und Ausbau der Tierrechte ;
10. Die Unterstützung von Konsumgenossenschaften in Verbindung mit Produzent:innen ;
11. Die Entwicklung von pädagogischen Bauernhöfen, um das Bewusstsein für die Umwelt und die Arbeit der Landwirt:innen zu entwickeln ;
12. Massnahmen gegen Lebensmittelverschwendung ;
13. Die schrittweise Vergesellschaftung des Agrarlands ;
14. Die Begrenzung der Margen von Grossverteilern wie Migros und Coop auf Bio-Produkte ;
15. Verbot der Freizeitjagd – nur Wildhüter:innen dürfen Tiere schießen, um deren Bestand zu regulieren ;
16. Die Verankerung von Wasser als Allgemeingut in der Verfassung und den Schutz des gesamten Wasserkreislaufs, einschliesslich des Grundwassers.

Industrie

Fast zwei Jahrhunderte lang wurde die Produktionssteigerung durch fossile Brennstoffe und billige Rohstoffe angetrieben. Doch diese Zeiten sind vorbei. Das bestehende System stösst an die natürlichen Grenzen des Planeten. Die derzeitige Misswirtschaft fortsetzen zu wollen, ist weder realistisch noch wünschenswert, da sonst die Erde unbewohnbar wird. Ein Systemwechsel ist notwendig. Der Kapitalismus konnte und kann die natürlichen Grenzen unseres Planeten nicht rechtzeitig berücksichtigen. Und das kapitalistische Wirtschaftssystem ist nicht in der Lage, aus der wirtschaftlichen Anarchie auszubrechen, um eine rational geplante Entwicklung ins Auge zu fassen. Der Kapitalismus ist auch nicht in der Lage, andere Kriterien für wirtschaftliche Entscheidungen zu übernehmen als das Streben nach Maximalprofit, ungeachtet der Konsequenzen. Dieses System hat ausgedient und muss dringend abgelöst werden.

Konkret fordern wir:

1. Die Verankerung der grünen Regel als absolutes Verfassungsprinzip (es ist illegal, der Natur mehr zu entnehmen, als sie erneuern kann) sowie der blauen Regel, (dito, aber auf Wasser für dessen Nutzung und zum Schutz seiner Qualität angewandt) ;
2. Die Relokalisierung produktiver Aktivitäten, die einen Ausweg aus den Irrwegen des globalisierten Kapitalismus mit seiner kolossalen Verschwendung bietet, aber auch die Schaffung von Arbeitsplätzen ermöglicht ;
3. Die Entwicklung einer staatlichen oder genossenschaftlichen Industrie, die langlebige, wiederverwertbare Güter herstellt und so weit wie möglich lokale Rohstoffe verwendet ;

4. Ein Bruch mit dem freien Handel, um diese Industrie vor der Konkurrenz durch multinationale Konzerne zu schützen ;Die schrittweise Vergesellschaftungdes Agrarlands ;
5. Der Ausbau von Recycling und einer Kreislaufwirtschaft ;
6. Programme zur Unterstützung von Privatpersonen und Unternehmen bei der Verringerung des Ressourcenverbrauchs ;
7. Das Verhalten der Industrie bekämpfen, die Produkte mit bewusst beschränkter Lebensdauer herstellt ;
8. Verstärkte Kontrollen und Sanktionen gegen umweltschädliche industrielle Verschmutzung ;
9. Die Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards bei der Vermarktung und Produktion von Produkten ;
10. Die Anerkennung und Aufnahme des Begriffs Ökozid (Verbrechen, das die Umwelt schwer schädigt) in das Strafgesetzbuch ;
11. Die Aufhebung von kommerzieller Werbung im öffentlichen Raum.

Transport

Jahrzehntelang haben die politischen Kräfte der Bourgeoisie eine Mobilität gefördert, die sich vor allem auf das Privatauto konzentriert. Jetzt, wo es dringend notwendig ist, davon wegzukommen, versuchen dieselben politischen Kräfte vor allem mit «Anreiz-Steuern» die Autofahrer:innen zu zwingen, auf ihr Auto zu verzichten. Aber dies, ohne ihnen eine echte Alternative zur Verfügung zu stellen. Und trotz allem verteidigen die bürgerlichen Politiker:innen paradoxerweise weiterhin die Nutzung von Auto in den Städten. Wir sind der Meinung, dass diese Politik ebenso unsozial wie ineffizient ist. Es bedarf kollektiver, geplanter und sozial gerechter Lösungen.

Konkret fordern wir:

1. Die Förderung und kostenlose Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel für alle Menschen. Kurzfristig fordern wir eine allgemeine Senkung der Fahrpreise für den öffentlichen Verkehr ;
2. Die Verlagerung vom Strassen- auf den Schienenverkehr ;
3. Den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, für ein leistungsfähiges und dichtes Netz, das das ganze Land abdeckt ;
4. Nach 2030 werden keine neuen Autos mit Verbrennungsmotor mehr verkauft ;
5. Die langfristige Aufrechterhaltung einer begrenzten Flotte von Elektroautos, Wasserstoffautos usw., die denjenigen vorbehalten sind, die sie wirklich benötigen (insbesondere in ländlichen Gebieten) ;
6. Städtische Einrichtungen zur Förderung der sanften Mobilität durch die Schaffung eines nationalen städtischen und vorstädtischen Fahrradnetzes ;
7. Den Ausbau der Nachtzüge ;
8. Senkung der Zugpreise ;
9. Die Abschaffung von Kurzstreckenflügen, die mit Ausnahme von Transitflügen leicht durch den Zug ersetzt werden können ;
10. Das Verbot von Privatjets, ein Privileg der Bourgeoisie, das sich eine nachhaltige Gesellschaft nicht leisten kann ;
11. Die Abschaffung der ersten Klasse im öffentlichen Verkehr.

Raumplanung und Gebäude

Die Raumplanung in der Schweiz erfolgte allzu oft anarchisch, entsprechend den Profitansprüchen der Bauwirtschaft. Sie wurde nur unzureichend im Hinblick auf das Gemeinwohl und den Erhalt der Artenvielfalt, der Böden und des Wassers geplant. Daraus resultieren viele Irrationalitäten, vermeidbares Betonieren und Verschwendung. Zu viele Gebäude, die energetische Dreckschleudern sind, werden nicht schnell genug renoviert. Wir befürworten eine neue, rational geplante Raumplanungspolitik.

Konkret fordern wir:

1. Eine zukunftsorientierte und umweltfreundliche Raumplanung ;
2. Den Schutz und die Förderung der Biodiversität ;
3. Ein ehrgeiziges Programm zur Renovierung von Gebäuden und deren Anpassung an geltende Normen ;
4. Bei Neubauten möglichst umweltfreundliche Materialien (insbesondere Holz) verwenden und die Verwendung von Beton einschränken (dieser Sektor ist für 16 Prozent der CO₂-Emissionen der Schweiz verantwortlich) ;
5. Die Förderung von Geothermie, Wärmepumpen, Fernwärme und Energie-Netzwerken, um Öl- und Gasheizungen zu ersetzen ;
6. Entwicklung und öffentliches Monopol der strukturierenden Wärmenetze, für die Beheizung und Kühlung von Gebäuden ;
7. Den Kampf gegen Betonierung und Zersiedelung, Beschränkung von Neubauten auf das sozial Sinnvolle ;
8. Renaturierung von Wasserläufen und Biotopen, wo dies möglich ist ;
9. Eine bessere Regulierung der Ausweitung von Gewerbegebieten, um die Landschaft und die Umwelt zu schützen.

Sichere Renten für ein Leben in Würde

Im Laufe ihrer Geschichte hat die PdAS die Grundsätze einer sicheren und solidarischen Altersvorsorge verteidigt. 1969 lancierte sie die eidgenössische Initiative «Für eine echte Volkspension». Gefordert wurde eine allgemeine und öffentliche Altersvorsorge. Zur Sicherung der Finanzierung verlangte die Initiative eine Besteuerung der hohen Vermögen von natürlichen und juristischen Personen, sowie die Sicherung der erworbenen Rechte der Mitglieder der Pensionskassen und andere Vorsorgeinstitutionen. Diese Initiative wurde von den privaten Versicherungsgesellschaften, den Banken, den bürgerlichen Parteien, aber auch von der SP und der Mehrheit der Gewerkschaften stark und mit immensen finanziellen Mitteln bekämpft. Das Versprechen des Bundesrats, das 3-Säulen-System einzuführen und die berufliche Vorsorge obligatorisch zu machen, trug zur Ablehnung der Initiative bei.

Stärkung der AHV

Es wurde jedoch immer deutlicher, dass die Pensionskassen für breite Bevölkerungsschichten keine wirkliche Sicherheit garantieren. Ein Beweis dafür ist der kontinuierliche Rückgang der von den Pensionskassen vorgesehenen Renten. Die 1000 Milliarden Franken, die als Kapital in den verschiedenen Kassen angehäuft wurden, sind teuer zu verwalten. Und die Mindestquote (Legal Quote) ermöglicht es, zehn Prozent der überschüssigen Gewinne für die Versicherungsgesellschaften und ihre Aktionär:innen abzuschöpfen. Vor allem aber basieren sie auf einem Zinssatz, der in den letzten Jahren weit unter den Erwartungen lag. Mit anderen Worten: Die Zukunft dieser riesigen Kapitalien und damit unserer Renten hängt von den Unwägbarkeiten der Finanzmärkte ab.

Das Umlageverfahren der AHV (1.Säule) hingegen ist ganz anders: Die aktuellen Beiträge werden zur Finanzierung der aktuellen Renten verwendet. Die AHV ist die stärkste unserer Sozialversicherungen, auch hinsichtlich Solidarität zwischen Arm und Reich. Sie hat sich bewährt und alle demografischen Veränderungen und Wirtschaftskrisen überstanden. Dennoch wird unsere 1. Säule immer wieder von der Rechten angegriffen. Denn je solider sie ist, desto weniger brauchen die Menschen eine zusätzliche Altersvorsorge und desto weniger Geld gibt es für Versicherungsgesellschaften, Banken und Aktionär:innen in der 2. und 3. Säule zu verdienen. In dieser Hinsicht stellt die knappe Annahme der Reform AHV 21 im September 2022 eine grosse Niederlage für die Bevölkerung dar, weil sie das Rentenalter der Frauen erhöht. Aber auch, weil sie der Flexibilisierung der Renten und einer Stärkung der individuellen Vorsorge auf Kosten der kollektiven Solidarität Tür und Tor öffnet.

Es ist also an der Zeit, den Kampf für eine sichere Altersvorsorge wieder aufzunehmen. So schlägt die PdAS vor, die berufliche Vorsorge (2. Säule, obligatorischer Teil) in die AHV (1. Säule) zu integrieren und eine künftige Mindestrente von 4000 Franken festzulegen, um den Verfassungsauftrag an diese Sozialversicherung zu erfüllen: die Deckung des Existenzbedarfs der Rentner:innen.

Klarer Verfassungsauftrag

Es ist nicht hinnehmbar, dass in einem der reichsten Länder der Welt viele Rentner:innen unter oder nahe der Armutsgrenze leben müssen! Die Ergänzungsleistungen zur AHV, die als «vorübergehende Massnahme» eingeführt worden waren, ermöglichen es Rentner:innen, die diese beantragen, zwar einen finanziellen Zusatz zu ihren Renten zu erhalten. Aber es sind dennoch die AHV-Renten selbst, die ein Leben frei von Armut ermöglichen sollten. Denn Art. 112, Abs. b der Bundesverfassung besagt, dass die AHV-Renten «den Existenzbedarf angemessen decken» sollen. Wir fordern, dass dieser Artikel endlich umgesetzt wird.

Die Würde ist unantastbar

Die AHV-Renten müssen also erhöht werden, um den Verfassungsauftrag zu erfüllen. Dies durch Ergänzungsleistungen auszugleichen, die bedürftigkeitsabhängige Leistungen und damit eine Form der Sozialhilfe sind, ist unbefriedigend. Eine Sozialversicherung wie die AHV garantiert Ansprüche, die auf dem Arbeitseinkommen basieren und auf einem Umverteilungsprinzip beruhen. Hingegen sind Ergänzungsleistungen steuerfinanziert, müssen beantragt werden und ihre Gewährung hängt von einer detaillierten und komplexen Prüfung der individuellen Situation der Person ab. Es ist letztlich eine Frage der Menschenwürde, von seiner Rente leben zu können. Und die Menschenwürde ist für die PdAS nicht verhandelbar.

Die konkrete Umsetzung

Unser Vorschlag besteht darin, schrittweise ein neues Rentensystem einzuführen, das nach und nach das alte System ersetzt, das seinerseits nach und nach Auslaufen würde, wenn das neue System wirksam wird. Ab einem bestimmten Zeitpunkt werden keine neuen Beiträge mehr in die Rentenfonds der 2. Säule eingezahlt. Alle Beiträge von Arbeiter:innen und Arbeitgeber:innen würden dann in die neue AHV eingezahlt. Das Kapital, das die Versicherten vor dem Inkrafttreten des von uns vorgeschlagenen neuen Systems in den Pensionskassen angespart haben, würde weiterhin von diesen verwaltet werden und die entsprechende Rente auszahlen. Auf diese Weise werden die erworbenen Ansprüche aller Versicherten gesichert.

Während der Übergangsphase werden die AHV-Renten auf der Grundlage der Anzahl der Beitragsjahre in der alten AHV einerseits und der Anzahl der Beitragsjahre in der neuen AHV andererseits berechnet. Sobald die Personen, die seit Beginn ihres Arbeitslebens in die neue AHV eingezahlt haben, in Rente gehen, wird der Übergang zum neuen Altersvorsorgesystem abgeschlossen sein. Die AHV-Renten müssen jedoch innerhalb von fünf Jahren angepasst werden, damit alle Rentner:innen eine Rentenhöhe (inkl. Pensionskasse) von mindestens 4000 Schweizer Franken erreichen.

Renten und Sozialversicherungen sind keine Almosen, sondern ein von der Verfassung garantiertes Recht, das durch Arbeit finanziert wird.

Konkret fordern wir:

1. Den sofortigen Stopp sämtlicher Verschlechterungen der Sozialversicherungen und die Verstaatlichung der sozialen Vorsorge, um sie der demokratischen Kontrolle zu unterstellen ;
2. Die Integration des obligatorischen Teils der zweiten Säule (Pensionskassen) und der dritten Säule in die erste Säule (AHV) und somit die Einführung der Volkspension;
3. Das Rentenalter 60 für alle sowie die Erleichterung der Frühpensionierung in Berufen mit schwerer körperlicher Arbeit ab 55 Jahren ;
4. Eine AHV-Mindestrente von 4'000 Franken für alle, gekoppelt an die Lebenshaltungskosten ;
5. Das Verbot aller Formen der Diskriminierung älterer Menschen ;
6. Eine 13. AHV-Rente, wie sie eine Volksinitiative der Gewerkschaften fordert.

Echte Demokratie

Die bürgerliche Demokratie beschränkt sich auf das Mitspracherecht im staatlich-politischen Bereich, während die gesamte Wirtschaft davon ausgenommen ist. Im Privatsektor herrscht ein Demokratiemangel, insbesondere bei Entscheidungen, die sehr direkte Auswirkungen auf die ganze Gesellschaft haben, wie z. B. der Einsatz umweltschädlicher Technologien oder die Schliessung, sprich Verlagerung von Fabriken. Kurz gesagt: Wir alle fordern in einer Demokratie zu leben, akzeptieren aber, in einem diktatorischen System zu arbeiten.

Darüber hinaus werden viele Entscheidungen ausserhalb der demokratischen Kanäle selbst getroffen. So unterliegt die Nutzung von Land, Energie und anderen knappen Ressourcen nur einer sehr begrenzten Mitsprache. Die Verhandlungen über Freihandelsabkommen, die das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) im Auftrag der Schweiz führt, sind ein weiteres konkretes Beispiel: Die Verhandlungen finden im Geheimen und auf undemokratische Weise statt. Das Schweizer Parlament, geschweige denn die Öffentlichkeit, werden üblicherweise nur spät und lückenhaft über den Stand der Verhandlungen informiert, und dies meist erst auf öffentlichen Druck hin. Die Länder Lateinamerikas, Afrikas und Asiens leiden seit Jahrzehnten unter den Auswirkungen dieser Freihandelsabkommen, welche ihre Volkswirtschaften zerstört und ihre Bevölkerung in Armut gestürzt haben.

Oft nur ein Schein

Aber selbst im Bereich der Staatspolitik ist die Demokratie nur unzureichend entwickelt. Es gibt keine demokratische Beteiligung oder Kontrolle in den Bereichen der Polizei, des Militärs, der Aussenpolitik oder des Finanzwesens. Darüber hinaus sind beträchtliche Gruppen von Menschen vom demokratischen Prozess ausgeschlossen. So wird Ausländer:innen grösstenteils das Wahl- und Stimmrecht verweigert.

Darüber hinaus bleibt die halbdirekte Demokratie der Schweiz in der Praxis begrenzt und in einigen Fällen sogar formaler Natur, da sie einer Reihe von Verzerrungen und Asymmetrien zugunsten der herrschenden Bourgeoisie unterliegt. Im Vordergrund steht die Instrumentalisierung der Staatsorganisation durch die Lobby der Unternehmer:innen. Dadurch wird die demokratische Entscheidungsfindung praktisch verzerrt.

Verzerrte Informationen

Schliesslich wäre eine Voraussetzung für einen demokratischen Prozess eine umfassende Information, bei der alle Teile der Bevölkerung das gleiche Rederecht in den Medien haben. Dies ist heute nicht der Fall. Die Konzentration im gesamten Mediensektor wird immer stärker und trägt zur Hegemonie einer oft einseitigen Information sowie eines neoliberalen Einheitsdenkens bei. Auch in der Schweiz gibt es eine massive und oftmals irreführende Propaganda, sowohl zu nationalen als auch zu internationalen Themen. Eine Propaganda, deren Einfluss auf die Menschen nicht zu leugnen ist. Das SRF, das dennoch ein essenzieller öffentlicher Dienst bleibt, entspricht nur sehr unvollkommen dem, was ein demokratisches Fernsehen und Radio sein sollten. Es ist trotz einiger ehrenwerter Ausnahmen ebenso von neoliberaler und pro-imperialistischer Ideologie durchdrungen wie die privaten Medien. Die unabhängigen Medien erhalten praktisch keine öffentliche Unterstützung und sind daher nicht konkurrenzfähig. Dieser Umstand trägt wesentlich zur ideologischen Dominanz der Bourgeoisie bei und verzerrt die demokratische Debatte stark.

Ein trügerisches Erscheinungsbild

Wir stellen fest: Die Beteiligung an entscheidenden Fragen des täglichen Lebens ist unzureichend: am Arbeitsplatz, bei der Wohnungsfrage, in den Schulen, bei der Gestaltung des Verkehrswesens, in den Quartieren, in den Medien und in vielen weiteren Bereichen.

Für eine aktive Teilnahme in allen Lebensbereichen

Demokratie darf sich nicht auf gelegentliche Errungenschaften bei bestimmten Wahlprozessen und formellen Abstimmungen beschränken, die manchmal kaum umgesetzt werden (Alpeninitiative, Verpflichtung der AHV zur Deckung des Lebensbedarfs usw.). Unser Verständnis von Demokratie geht weit darüber hinaus. Es geht um die Ausweitung der Demokratie als aktive und verantwortungsvolle Teilhabe in allen Lebensbereichen.

Und diese Forderung nach einer aktiven und partizipativen Demokratie - verstanden als die weitestgehende Beteiligung der Bürger:innen am demokratischen Prozess der Gesellschaftsbildung - ist für die PdAS nicht neu. Ganz im Gegenteil: Sie ist eine ursprüngliche Forderung der Arbeiter:innenbewegung.

Wir leben in einem von Banken und multinationalen Konzerne dominiertes System. Die meisten Menschen haben nichts zu sagen. Es sind radikale Veränderungen notwendig. Auch die Wirtschaft muss demokratischen Regeln unterworfen werden.

Konkret fordern wir:

1. Neue Verhandlungen zu Freihandelsabkommen müssen vom Parlament genehmigt werden ;
2. Gleiches aktives und passives Wahlrecht für alle seit fünf Jahren in der Schweiz lebenden Personen ;
3. Die Einführung der Mitbestimmung in den Unternehmen ;
4. Mehr Demokratie in Bildungseinrichtungen ;
5. Eine paritätische Interessenvertretung an Universitäten und Hochschulen ;
6. Rechenschaftspflicht und die Möglichkeit für die Wähler:innen, gewählte Vertreter:innen aus ihren Exekutivämtern abzuwählen ;
7. Die Abschaffung lebenslanger Renten für gewählte Vertreter:innen in kantonalen, eidgenössischen und städtischen Exekutiven, die über die 2. Säule hinausgehen ;
8. Die Transparenz und die Begrenzung der Finanzierung von Wahlkampagnen ;
9. Die Wahrung und Gewährleistung demokratischer Grundrechte, einschliesslich des Demonstrationsrechts ;
10. Die Abschaffung aller Wahlhürden wie etwa Sperrklauseln ;
11. Die Einführung der kantonalen Volksmotion ;
12. Die Organisation von Treffen mit Migrant:innen, um sie zu informieren, zu ermutigen und ihnen zu helfen, warum und wie man wählt ;
13. Die Verbesserung des Unterrichts in Staatsbürgerkunde in allen Schulen (Pflicht, Berufs- und Hochschulen) ;
14. Die Anerkennung der blanken Stimmabgabe; wenn die blanke Stimmabgabe die Mehrheit bildet, müssen die Kandidatinnen und Kandidaten zurücktreten ;
15. Kostenlose Briefwahl ;
16. Die Stärkung der kommunalen Kompetenzen, mehr Selbstverwaltung.

Eine offene Schweiz für alle

Noch nie waren so viele Menschen gezwungen, aus ihrem Land zu fliehen wie in den letzten Jahren. Im Jahr 2022 waren es schätzungsweise 90 Millionen Vertriebene weltweit. Diese Menschen fliehen vor Krieg, Durst, Hunger, Umweltkatastrophen, Diktaturen oder auch vor Wirtschaftskrisen, die durch den Imperialismus verursacht werden. Die Ausbeutung von Menschen und Umwelt durch multinationale Konzerne, aber auch Kriege, die oft von reichen und imperialistischen Ländern angezettelt oder unterstützt werden, haben zur Folge, dass ganze Regionen destabilisiert werden. Dies, um einer Minderheit die Aneignung der Ressourcen des Planeten zu ermöglichen und eine für die Eliten günstige Weltordnung fortbestehen zu lassen.

Drei Grenzen

In diesem Kontext reagiert das heutige, von der EU-Politik dominierte Europa auf die Migration mit Militarisierung. Menschen, die die gefährliche Überfahrt über das

Mittelmeer wagen, werden mit Waffengewalt unterdrückt. Manchmal werden sie direkt an die libysche Küstenwache ausgeliefert, um schliesslich als Sklav:innen verkauft zu werden. Die durch das Schengen-Dublin-Abkommen bestätigte Migrationspolitik wird durch die Externalisierung der europäischen Grenzen erreicht: Heute übernehmen die nordafrikanischen Länder und die Türkei die Rolle des Grenzschutzes für Europa. Hierbei handelt es sich um eine erste Grenze. Die zweite Grenze ist die Grenze, die rund um Europa errichtet wird: die Militäroperation Sophia im Mittelmeer, die Einrichtung von «Hotspots» in Griechenland und Italien, das heisst von Haftzentren, in denen Migrant:innen registriert und sortiert werden. Eine dritte Grenze bleibt schliesslich die Staatsgrenze, nämlich die Einschränkung der Bewegungsfreiheit innerhalb des Schengen-Raums. Sie äussert sich sehr häufig in der Inhaftierung von Menschen, die aus den meisten aussereuropäischen Ländern kommen und nicht die richtigen Papiere haben.

Klassenkonflikt ausblenden

Angesichts dieser Situation reagiert die von reaktionären Kräften dominierte Eidgenossenschaft mit der üblichen pseudo-humanitären Rhetorik und unternimmt nicht einmal das Nötigste. Trotz aller Reden über die angeblich humanitäre Schweiz wird die Ausplünderung der Länder des Südens nicht infrage gestellt. Und die Aufnahme von Menschen, die aus Verzweiflung fliehen, ist mehr als unzureichend. Im Gegenteil, es werden fremdenfeindliche Gesetze angewendet (Asylgesetz, Ausländer- und Integrationsgesetz, Dublin-Verordnung). Die derzeitige Situation ist das Ergebnis der Arbeit der Schweizer Volkspartei (SVP). Mit ihren stark rassistischen Anti-Ausländer:innen-Propagandakampagnen schafft die SVP Ängste sowie Spaltungen in der Bevölkerung und stellt eine Politik des Typs «Zuerst wir Schweizer:innen» in den Vordergrund. Angesichts der Krise greift die extreme Rechte die Ausländer:innen an, um den Klassenkonflikt zu verschleiern. So spielen die SVP und die Lega im Tessin die Rolle als Opposition «im System» und nicht als Opposition «gegen» das System. Im Laufe der Jahre wurde die Rhetorik dieser rechtsextremen Parteien zunehmend auch von den Bürgerlichen (FDP, Die Mitte) übernommen.

Inakzeptable Aufnahmebedingungen

Die Schweiz gehört zu den Ländern, die die meisten Menschen im Rahmen der Dublin-Verordnung zurückschickt (das heisst in das erste Land, das die Migrant:innen bei ihrer Ankunft in Europa durchqueren), aber auch zwangsweise in die Herkunftsländer (zum Beispiel per Sonderflug). Asylsuchende durchlaufen ein extrem langes Verfahren, das sie jahrelang in Ungewissheit leben lässt. Die Asylzentren ähneln immer mehr Gefängnissen, insbesondere die Bundesasylzentren und die Nothilfezentren. Mit der letzten Revision des Asylgesetzes, die von einer sozialdemokratischen Bundesrätin durchgeführt wurde, hat sich die Isolation der Zentren noch weiter verschärft.

Die Folgen des Krieges in der Ukraine

Mehrere Millionen Menschen mussten aufgrund des Krieges in der Ukraine ihr Land verlassen und in anderen europäischen Staaten (davon mehr als 60 000 in der Schweiz) Zuflucht suchen. In diesem Zusammenhang hat die Schweiz zum ersten Mal

den S-Status aktiviert – ein Status, der jedoch prekär bleibt und jederzeit widerrufen werden kann. Wir begrüßen diesen Schritt und setzen uns dafür ein, dass er fortgesetzt wird. Gleichzeitig hat dies den völlig ungerechten Charakter der bisherigen Asylpolitik deutlich gemacht: eine würdige Aufnahme der ukrainischen Geflüchteten im Gegensatz zur skandalösen Behandlung aller anderen. Die PdAS ist der Ansicht, dass alle Flüchtlinge in Würde aufgenommen werden müssen

Eine antirassistische und antiimperialistische Haltung

In der Frage der Migrations- und Asylpolitik ist die Position der PdAS klar. Einerseits geht es darum, die von den multinationalen Konzernen organisierte Ausplünderung des Südens zu beenden. Die ärmsten Länder werden sich nie entwickeln können, wenn ihnen ihre wirtschaftlichen Reichtümer weggenommen werden, wenn sie von illegitimen Schulden oder imperialistischen Kriegen erdrückt werden. Auf der anderen Seite treten wir für eine Politik der Aufnahme und der Solidarität mit den Menschen ein, die Opfer dieser Weltordnung sind. Wir engagieren uns entschieden in antirassistischen Bewegungen und in der Solidarität mit eingewanderten Menschen. Wir stehen ein für eine offene Asylpolitik, die Menschen auf der Flucht menschenwürdige Lebensbedingungen und eine stabile Aufenthaltsgenehmigung garantiert. Wir wenden uns vehement gegen die Militarisierung und Sicherung der Grenzen, die vor allem der Rüstungsindustrie und der politischen Agenda rechtsextremer und faschistischer Parteien zugutekommen.

Das Asylgesetz und das Ausländer:innen- und Integrationsgesetz müssen grundlegend überarbeitet werden, um sie von ihrem fremdenfeindlichen und diskriminierenden Inhalt zu befreien.

Rassismus trägt zur Aufrechterhaltung kapitalistischer Machtverhältnisse bei, Sündenböcke dienen dazu, die Arbeiterschaft zu spalten und von den wahren Problemen der Bevölkerung abzulenken.

Konkret fordern wir:

1. Den Schweizer Pass für alle in der Schweiz geborenen Personen ;
2. Die Legalisierung von Sans-Papiers, da niemand illegal ist ;
3. Die strafrechtliche Verfolgung aller fremdenfeindlichen, rassistischen und faschistischen Handlungen ;
4. Ein echtes Asylrecht, das auf den Grundsätzen aufrichtiger Solidarität zwischen den Völkern beruht und die Abschaffung der Aufenthaltsbewilligung F ;
5. Den Austritt aus dem Schengen- und dem Dublin-Abkommen ;
6. Angemessene Unterkünfte und Gesundheitsversorgung für Geflüchtete ;
7. Freien Personenverkehr für alle ;
8. Ein Recht auf Arbeit für alle in der Schweiz lebenden Menschen, mit gleichem Lohn für gleiche Arbeit ;
9. Die Anerkennung als politische Flüchtlinge von Personen, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität verfolgt oder inhaftiert werden ;
10. Das Ende der Administrativhaft für Minderjährige ;
11. Die Legalisierung von Reisen in das Herkunftsland für Geflüchtete ;
12. Die Unterstützung von Projekten wie «City Cards» ;

13. Die Anerkennung von Klima- und Elendsflüchtlingen ;
14. Für vorläufig aufgenommene Personen das Recht auf Sozialhilfe auf demselben Niveau wie für Geflüchtete und Niedergelassene ;
15. Ein Recht auf Arbeit und Ausbildung bis zum Lehrabschluss für Asylsuchende, die auf eine Entscheidung warten.

Für neue Abkommen mit europäischen Staaten

Offiziell sieht sich die EU als «Wertegemeinschaft», die den Frieden in Europa und in der Welt sichert, den Idealen der Demokratie und der Menschenrechte dient und wirtschaftliche Stabilität und sozialen Fortschritt garantiert. All dies hat sich als Lüge erwiesen. Die EU ist ein Konstrukt, das dazu dient, kapitalistische und imperialistische Interessen sowohl innerhalb als auch ausserhalb ihrer Grenzen zu schützen. Sie ist im Wesentlichen ein technokratischer, grundlegend undemokratischer Überbau, der von den mit den grossen Monopolen verbundenen Lobbys kontrolliert wird. Ziel es ist, den Völkern gegen ihren Willen - leichter als es in jedem einzelnen Mitgliedstaat möglich wäre - eine in den Verträgen verankerte neoliberale Politik aufzuzwingen. Konkret: freier und unverfälschter Wettbewerb, eine Nivellierung der sozialen Errungenschaften nach unten, Abbau und schrittweise Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen, Unterwerfung aller und alles unter den Markt. Im Inneren werden die Überwachung der Bürger:innen ausgeweitet und die Repressionsinstrumente verstärkt, insbesondere unter dem Vorwand des «Kampfes gegen den Terrorismus». Um die imperialistischen Interessen der mächtigen Konzerne durchzusetzen, werden sogar offen faschistische Kräfte unterstützt. Darüber hinaus führt der Wettbewerb zwischen den EU-Ländern zu einer massiven Verarmung der Bevölkerung. Nach aussen hin ist die EU für den Tod von Tausenden von Menschen verantwortlich, indem sie Kriege unterstützt, Militärgüter exportiert und Migrant:innen in Lager abschiebt.

Vereinbarungen der Mächtigen

Nach der Ablehnung des Beitritts zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) in der Volksabstimmung von 1992 hat der Bundesrat den Weg der bilateralen Abkommen mit der EU eingeschlagen. Dies, um zu versuchen, die negativen Auswirkungen des Alleingangs zu begrenzen. Heute muss man feststellen, dass die Nutzniesser dieses Weges vor allem die Banken und die Exportindustrie (insbesondere die Chemie- und Pharmaindustrie) sind und nicht die Arbeiter:innen, die Landwirt:innen oder die Kleinunternehmer:innen.

Die bilateralen Abkommen zielen hauptsächlich darauf ab, die Schweiz in den europäischen Markt einzubeziehen. Ohne Regulierungs- und Schutzmassnahmen führt dies jedoch zur Konkurrenz zwischen Schweizer und europäische Unternehmen sowie zwischen Schweizer und europäische Arbeiter:innen. Das Ergebnis ist ein erhöhter Druck auf kleine Unternehmen (KMU, Familienbetriebe usw.), auf die Löhne und den Schutz der Arbeiter:innen, der systematisch nach unten nivelliert wird.

Natürlich weisen die Befürworter:innen der bilateralen Abkommen nie darauf hin, dass der Inhalt der Abkommen grundlegend liberal ist und den Interessen der schweizerischen und europäischen Völker zuwiderläuft. Die besten Beispiele dafür

sind die Privatisierungen im Gesundheits- und Bildungswesen sowie im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen.

Nach der Nichtunterzeichnung des Rahmenabkommens

Tatsache ist, dass die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU in einer Sackgasse stecken. Dies seitdem der Bundesrat am 26. Mai 2021 der Europäischen Kommission mitteilte, dass er das Rahmenabkommen nicht unterzeichnen werde – ohne eine Alternative vorzuschlagen. Das Rahmenabkommen war inakzeptabel wegen des Angriffs auf die Rechte der Arbeiter:innen, den es bedeutet hätte, sowie auch wegen seiner Logik: Denn das Ziel des Abkommens war es, einen institutionellen Rahmen für die einseitige, obligatorische Übernahme des EU-Rechts durch die Schweiz zu schaffen, zumindest in bestimmten Bereichen, unter Androhung von Vergeltungsmassnahmen. Das wäre das Ende der Demokratie und der Volkssouveränität gewesen - und wie in der EU wäre auch in der Schweiz jeder andere Weg als der ewige Neoliberalismus gesetzlich verboten gewesen. Doch die Entscheidung des Bundesrates schuf ein problematisches Vakuum. Die EU will von einer Fortsetzung des bilateralen Weges nichts mehr wissen und fordert eine «institutionelle Lösung» (das heisst ein Dispositiv für eine einseitige Übernahme des EU-Rechts durch die Schweiz). Die bilateralen Abkommen in ihrer jetzigen Form sind dazu verurteilt, in naher Zukunft zu verschwinden.

Das gesamte europäische Konstrukt, in das die Schweiz durch die bilateralen Abkommen eingebunden ist, lässt keine Hoffnung auf eine Entwicklung hin zu einem «sozialen Europa». Die bilateralen Abkommen in ihrer derzeitigen Form lassen keinen Raum für ein Parlament, das mit dem Neoliberalismus bricht und andere soziale, wirtschaftliche und ökologische Regeln annimmt - Griechenland ist ein perfektes Beispiel dafür. Eine «institutionelle Lösung» würde die Dinge nur verschlimmern, weshalb wir sie ablehnen. Aus denselben Gründen werden wir uns auch gegen jedes Vorhaben eines EU-Beitritts aussprechen.

Unsere Ablehnung der EU erfolgt genau aus dem Gegenteil als jene der SVP, die in dieser Frage lediglich Demagogie betreibt, aber keine glaubwürdigen Lösungen anzubieten hat. Darüber hinaus ist die angebliche Sorge dieser Partei um die Schweizer Arbeiter:innen, die durch den Wettbewerb geschröpft werden, heuchlerisch: Die SVP ist nämlich grundsätzlich liberal und befürwortet eine Liberalisierung des Arbeitsmarktes.

Wir sind der Ansicht, dass es zwischen der weiteren Integration in den «gemeinsamen Markt», die eine Unterwerfung der Schweiz durch die EU mit sich bringt, und einer neoliberalen Schocktherapie zur Bewältigung der Folgen des Alleingangs zu den Bedingungen der Schweizer Bourgeoisie, eine andere Lösung gibt. Ihre Umsetzung ist nicht einfach, aber nur sie kann die Bestrebungen der Volksschichten wirklich befriedigen und in Richtung sozialer Fortschritt, Nachhaltigkeit und Demokratie gehen. Das ist der Weg, den wir befürworten und der sich wie folgt zusammenfassen lässt: Verlagerung der Produktion und Zusammenarbeit statt Globalisierung und Wettbewerb.

Keine «institutionelle Lösung»: In den Verhandlungen mit der EU muss von Anfang an klar sein, dass es keine «institutionelle Lösung» geben wird, keine einseitige Anpassung der Schweiz an das EU-Recht.

Bei der Neuverhandlung von Abkommen müssen andere rote Linien gelten als jene, die die EU durchsetzen wollte: Die Rechte und Interessen von Arbeiter:innen, soziale und ökologische Standards und öffentliche Dienstleistungen müssen Vorrang vor der Marktlogik haben; keine Liberalisierung, keine Öffnung für den Wettbewerb.

Für die Bereiche, in denen die Marktöffnung bestehen bleibt, wird es wohl auf beiden Seiten der Grenze eine gewisse Rechtshomogenität geben müssen. Es müssen aber ausreichend starke Begleitmassnahmen vorgesehen werden, um die negativen Folgen zu verhindern.

Wo immer möglich, sollten Kooperationsabkommen gegenüber Marktabkommen bevorzugt werden. Insbesondere sollte es grundsätzlich auf jeden Fall möglich sein, die Forschungszusammenarbeit und die Teilnahme der Schweiz an Erasmus + aufrechtzuerhalten, ohne sie mit dem Marktzugang zu verknüpfen.

Abgesehen von der einseitigen Übernahme eines neoliberalen EU-Rechts muss das Ziel selbst, in dessen Namen seine BefürworterInnen es rechtfertigen, abgelehnt werden: die Integration in einen liberalisierten Markt. Denn dieser globalisierte Markt ist eine zerstörerische Kraft, in dem sich die Monopole durchsetzen, indem sie die Ausbeutung der Arbeiter:innen verschärfen, den Sozialstandard unterbieten, kleine Unternehmen und landwirtschaftliche Kleinbetriebe ruinieren und die natürlichen Ressourcen und die Umwelt immer schneller zerstören.

Als Alternative zum Freihandel befürworten wir eine zukunftsweisende Lösung: den solidarischen Protektionismus. Wir schlagen vor, den Vorrang bestehender Normen umzukehren, mit der Logik zu brechen, die bilateralen Abkommen, Freihandelsabkommen und WTO-Abkommen zugrunde liegt. Stattdessen soll die Achtung demokratischer Entscheidungen über die «Freiheit» des Marktes und der multinationalen Konzerne gestellt und lokale Unternehmen gegenüber der internationalen Konkurrenz bevorzugt werden.

Es bedeutet auch, dass dem Lohndumping ein Ende gesetzt werden muss. Wir sind nicht gegen die Personenfreizügigkeit, die auch nicht auf EU-Bürger:innen beschränkt werden darf. Aber eine Ausweitung der Rechte der Arbeiter:innen und eine stärkere Regulierung des Arbeitsmarktes sind unerlässlich, um jegliches Dumping zu verhindern.

Im Gegensatz zum altmodischen Protektionismus zielt der solidarische Protektionismus, wie wir ihn verstehen, nicht darauf ab, besondere Vorteile im internationalen Wettbewerb zu erlangen. Vielmehr soll er eine Entkopplung vom liberalisierten, globalen und europäischen Markt ermöglichen, für eine Wirtschaft, die den Bedürfnissen der Bevölkerung und dem Erhalt der Umwelt dient.

Der solidarische Protektionismus ist ein Mittel für eine unerlässliche Umstrukturierung der Schweizer Wirtschaft: Verlagerung der produktiven Aktivitäten, Ernährungssouveränität, Kreislaufwirtschaft statt linearer Wirtschaft, Ausbau der öffentlichen Dienstleistungen, Entwicklung erneuerbarer Energien und

Energieeinsparungen, Stärkung sozial und wirtschaftlich nützlicher Aktivitäten statt Finanz- und Rohstoffhandel. All diese Veränderungen können nicht vom Markt ausgehen und müssen durch eine verstärkte Intervention der öffentlichen Hand durchgesetzt werden. Sie setzen eine demokratische Planung der Wirtschaft voraus.

Unsere Vorschläge erfordern auch die Umsetzung tiefgreifender Veränderungen in der Schweiz selbst; sie würden im derzeitigen System kaum Sinn machen. Sie sind auch ein Beitrag zu den Kämpfen der Völker in der EU, die gegen dieses «heilige ordoliberalere Imperium» kämpfen, mit denen wir solidarisch sind und gemeinsam kämpfen müssen. Nur so wird es möglich sein, eines Tages ein echtes Europa der Völker aufzubauen, das auf Zusammenarbeit und Solidarität beruht und an die Stelle des Europas des freien und unverfälschten Wettbewerbs tritt.

Frieden und internationale Solidarität

Kapitalismus bedeutet immer auch Krieg. Multinationale Konzerne dürsten nach Rohstoffen und billigen Arbeitskräften in den Entwicklungsländern und greifen sie immer wieder an. Mit Ausdrücken wie «humanitäre Intervention» verschweigen sie ihre militärischen Aggressionen.

Dies war bei den kolonialen Eroberungskriegen und den von imperialistischen Mächten begonnenen Weltkriegen der Fall. Dies setzte sich mit den Kriegen im Zuge der Entkolonialisierung und mit dem Wettrüsten, einschliesslich des atomaren Wettrüstens, in Europa bis zum Ende des Kalten Krieges fort. Nach 1990, in der Zeit des Triumphs des Neoliberalismus, erweiterte die USA und ihre europäischen Verbündeten die NATO nach der Auflösung der Warschauer-Verträge nach Osteuropa aus um 14 neue Mitgliedsstaaten.

Die «neue Weltordnung», die George H.W. Bush mit dem Irak-Krieg 1991 ausrief, ist durch eine Reihe von Angriffskriegen, internationalen Militärinterventionen und Stellvertreterkriegen der wichtigsten Welt- und Regionalmächte gekennzeichnet. Ein immer grösserer Teil dieser Kriege wird mit Söldnertruppen von privaten Militärfirmen (PMCs) geführt.

Seit dem 24. Februar 2022 tobt in der Ukraine ein verheerender Krieg. Er eskaliert immer weiter, hat tragische Folgen für die ganze Welt und birgt die reale Gefahr eines dritten Weltkriegs mit sich. Die PdAS verurteilt die russische Invasion in der Ukraine klar und unmissverständlich. Tatsache ist jedoch, dass die NATO ebenfalls einen sehr grossen Teil der Verantwortung für diesen Krieg trägt. Die Ausdehnung der NATO nach Osten ist ein kriegstreibendes und imperialistisches Unterfangen, das wir aufs Schärfste verurteilen. Derzeit führt dieses imperialistische Bündnis einen Stellvertreterkrieg gegen Russland: Die NATO will Krieg und nicht Frieden. Seit dem Maidan-Putsch 2014 tragen die ukrainischen Regierungen ebenfalls ihren Teil der Verantwortung. Und zwar durch ihre Nachgiebigkeit gegenüber der extremen Rechten, die wiederholte Verletzung der Rechte sprachlicher Minderheiten und den Versuch, die aus dieser nationalistischen Politik entstandenen Proteste mit Waffengewalt zu unterdrücken.

Angriffskriege und militärische Interventionen in anderen Ländern dienen einzig und allein den wirtschaftlichen Interessen der Herrschenden des angreifenden Landes.

Das erste Opfer dieser Barbarei ist immer die Zivilbevölkerung. Die Militarisierung von Gesellschaften dient auch der Unterdrückung sozialer Bewegungen und Völker, die für ihre politischen, ökonomischen und sozialen Rechten kämpfen. Das Wettrüsten entzieht der Zivilbevölkerung oft lebenswichtige Ressourcen.

Seit ihrer Gründung im Jahr 1944 setzt sich die PdAS für den Weltfrieden zwischen den Völkern ein. Auch heute ist es von grosser Bedeutung, eine globale Friedenspolitik zu entwickeln und zu fördern. Wir wenden uns gegen das Wettrüsten, die Einmischung in andere Länder und die Beteiligung der Schweizer Armee an imperialistischen Kriegen. Wir verteidigen daher das Recht der Völker auf Selbstbestimmung gegen jede Einmischung. Nur die Völker selbst können ihren Entwicklungsweg wählen.

Wir verurteilen den Wirtschaftskrieg, die Destabilisierungsmanöver und die Drohungen einer imperialistischen Invasion. Dabei bringen wir aktiv unsere Solidarität mit den Völkern zum Ausdruck. Wir unterstützen auch den Kampf für die Selbstbestimmung von Palästina, Kurdistan und allen Völkern, die täglich gegen Imperialismus und Neokolonialismus kämpfen. Wir sind solidarisch mit den sozialistischen Ländern in der Welt. Die bisher gezeigte Solidarität mit Venezuela, Kuba und Vietnam wird weiter ausgebaut. Wir werden in Zukunft die laufenden Prozesse in den anderen sozialistischen Ländern analysieren und einen konstruktiven Austausch suchen.

Entwicklungshilfe

Seit Jahren beobachten wir die ständigen Versuche des Bundesrates, unter dem Druck der rechten Mehrheit im Parlament, die Budgets für die Entwicklungshilfe zu kürzen. In einer ideologischen Inkohärenz vertreten einige bürgerliche Parlamentarier:innen die Theorie, dass man den benachteiligten Bevölkerungsgruppen in ihren eigenen Ländern helfen müsse, (damit sie nicht zu uns kommen), fordern aber gleichzeitig, das Budget für die Entwicklungshilfe zu kürzen. Während Schweden und Norwegen fast ein Prozent des Bruttosozialprodukts (BSP) für öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) ausgeben oder Dänemark 0,7 Prozent, lag die Quote der Schweiz im Jahr 2021 bei mickrigen 0,51 Prozent und damit unter dem EU-Durchschnitt. Zur Erinnerung: Im Oktober 1970 schlug die Generalversammlung der Vereinten Nationen eine Quote von 0,7 Prozent des BSP vor, die für die öffentliche Entwicklungshilfe aufgewendet werden sollte. Mehr als ein halbes Jahrhundert später hat die Schweiz dieses Ziel nicht erreicht und bewegt sich nur im Schneckentempo auf dieses Ziel zu.

Wir verurteilen entschlossen die Gestaltung der internationalen Zusammenarbeit vom Aussenminister Ignazio Cassis, der dazu sagte: «Die internationale Zusammenarbeit soll in erster Linie den Interessen der Schweiz dienen und zur Kontrolle der Einwanderung aus Entwicklungsländern beitragen.» Laut dem Chef der EDA muss die Hilfe in erster Linie demjenigen zugutekommen, der sie gewährt. Die schleichende Privatisierung der staatlichen Hilfe zeigt, dass es die Privatwirtschaft ist, die zunehmend davon profitiert.

Andererseits behaupten wir immer noch, dass es keine guten oder schlechten Opfer gibt. Während die Hilfe ontologisch gesehen in erster Linie auf die Bedürfnisse einer Bevölkerung eingehen sollte, beklagen wir die Neuausrichtung der Empfängerländer,

deren zufällige Auswahl auf keiner logischen Grundlage beruht, wie die Entscheidung, den südamerikanischen Kontinent aufzugeben.

Konkret fordern wir:

1. Dass die Schweizer Regierung mindestens ein Prozent des BSP für Entwicklungshilfe ausgibt ;
2. Dass die Hilfe auf den Bedürfnissen der Menschen basiert und nicht auf geopolitischen Entscheidungen ;
3. Dass die Begünstigten bei der Auswahl und Verwaltung der vom Bund finanzierten Projekte als PartnerInnen betrachtet werden ;
4. Dass die Regierung ihre Pläne zur Privatisierung eines Teils der Entwicklungshilfe aufgibt.

Für eine friedliche und antimilitaristische Neutralität

Die Schweizer Neutralität ist ein Konzept, das auf äusserst unterschiedliche Weise angewandt wird, um eine Aussenpolitik in den Diensten der Interessen der herrschenden Klassen zu rechtfertigen. Während des Zweiten Weltkriegs lieferte die neutrale Schweiz massiv Kriegsmaterial an Nazi-Deutschland und recycelte das von den Nazis im besetzten Europa geplünderte Gold in konvertierbare Währung. Heute, vor dem Hintergrund einer verstärkten Polarisierung der Welt nach dem Krieg in der Ukraine und einer Verschärfung der Widersprüche zwischen den Blöcken und imperialistischen Mächten, vertritt der Bundesrat eine Position, die die Interessen des Wirtschafts- und Finanzplatzes Schweiz im Wesentlichen wahrt. Er verhängte teilweise westliche Sanktionen und verstärkte die militärische Zusammenarbeit mit der NATO, schloss jedoch einen formellen Beitritt mit dem westlichen Militärbündnis aus. Gleichzeitig erlaubt der Bundesrat noch immer weder direkt noch indirekt die Lieferung von Kriegsmaterial an die Ukraine und erlaubt vor allem dem Schweizer Finanzplatz, weiterhin als Drehscheibe für den Handel mit russischen Rohstoffen zu fungieren und 95 Prozent der Vermögenswerte russischer Oligarchen zu beherbergen. Dies ist die aktuelle Neuinterpretation der Schweizer Neutralität.

Ein Teil der reformistischen Linken nimmt zwar keine offen atlantische Haltung ein, befürwortet aber eine stärkere Annäherung an die EU, auch auf militärischer Ebene. Die Mehrheit der SPS-Fraktion hat eine Lockerung des Bundesgesetzes über das Kriegsmaterial (KMG) vorgeschlagen und dafür gestimmt, die den Weiterverkauf von Schweizer Waffen in die Ukraine über andere Länder (insbesondere Deutschland) ermöglicht hätte. Im Moment besteht der Widerstand gegen diese Lockerung des KMG aus einer Mehrheit, die sich aus der harten Rechten (SVP und FDP, die eine Neutralität befürworten, die die Fortsetzung der Geschäfte mit Russland ermöglicht) und der Linken, die eine Neutralität im Interesse des Friedens und der Abrüstung befürwortet (eine Mehrheit der Grünen, einige Sozialist:innen sowie unser Abgeordneter der PdA), zusammensetzt. Die SVP will eine strenge Auslegung der «bewaffneten und dauernden Neutralität» der Schweiz in der Verfassung verankern. Diese Neutralität ermöglicht es, mit allen Regimes, auch mit unterdrückerischen, die Menschenrechte und das Völkerrecht verletzenden, einträgliche Geschäfte zu machen. Diese Auffassung hat eine verstärkte Aufrüstung und Militarisierung der Schweiz zur Folge.

Konkret fordern wir:

1. Die Beibehaltung der Neutralität gegenüber der EU und eine Weigerung, sich direkt oder indirekt an Kriegen zu beteiligen, sowie einen Abbruch aller Beziehungen zu imperialistischen Bündnissen wie der NATO ;
2. Die Unterstützung der Selbstbestimmung und Souveränität der Völker gegen den Imperialismus ;
3. Faire Handelsbeziehungen mit Entwicklungs- und Schwellenländern, sowie eine Entwicklungszusammenarbeit in Höhe von mindestens ein Prozent des Bruttoinlandprodukts der Schweiz ;
4. Die Anerkennung eines Palästinensischen Staates innerhalb seiner historischen Grenzen durch die Schweizerische Eidgenossenschaft ;
5. Die Aufhebung aller einseitigen Wirtschaftsblockaden, Sanktionen und Embargos. Die Schweizer Regierung muss die Wirtschaftsblockade gegen Kuba aktiv bekämpfen ;
6. Der Verbleib der Schweiz in der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) ;
7. Der Schweizer Finanzplatz darf nicht länger zur Steuerflucht von multinationalen Konzernen dienen, die in Ländern des globalen Südens tätig sind. Und die Schweiz muss sich für den Erlass der Schulden armer Länder gegenüber dem internationalen Finanzsystem einsetzen ;
8. Die Schweiz muss sich aktiv an den internationalen Zielen gegen den Klimawandel und an der Entschädigung der Opfer der Folgen des Klimawandels in den Ländern des Südens, die nicht für den Klimawandel verantwortlich sind, beteiligen ;
9. Die Schweiz muss den Vertrag über das Verbot von Atomwaffen (TIAN) endlich ratifizieren ;
10. Die Aufhebung der Swisscoy / KFOR, die in der Beteiligung der Schweiz an der NATO- und UNO-Mission zur «Stabilisierung» des Kosovo besteht.

Unter diesen Umständen positioniert sich die PdAS entschieden gegen jede Absicht, sich der NATO anzunähern, und für die Aufrechterhaltung einer globalen Friedens- und Abrüstungspolitik. Unsere Auffassung von Neutralität besteht kompletten Nichtbeteiligung an Kriegen und am Waffenhandel. Wir wenden uns gegen den Mythos einer Neutralität, die nur die egoistischen Interessen der Schweizer Bourgeoisie vertritt. Eine Politik zur Förderung des Friedens und des Völkerrechts, für den Abbau von Militärblöcken und eine Politik der friedlichen Koexistenz kann angesichts imperialistischer und neokolonialer Aggressionen nicht neutral sein. Bewaffneter Widerstand ist angesichts dieser Aggressionen zwar oft legitim und notwendig, aber wir wissen auch, dass Lösungen auf lange Sicht nur durch die Beendigung von Kriegen und durch globale Abrüstung zu erreichen sind.

Ein radikaler Wandel ist notwendig! Die internationale Solidarität ist ein Grundwert der PdAS. Wir wollen eine engagierte Schweiz, die den Willen hat, die Kluft zwischen Arm und Reich in der Welt zu verringern. Eine Schweiz, die sich für den Frieden und nicht für den Krieg engagiert.

Für eine strikt defensive Armee unter strenger demokratischer Kontrolle

Der Krieg in der Ukraine diene als bequemer Vorwand für eine Wiederbelebung des Wettrüstens, für ein Comeback des Militarismus in Europa. Aber auch in der Schweiz, und zwar durch eine Erhöhung des Armeebudgets um zwei Milliarden. Dies, ohne einen wirklichen Grund dafür zu haben, doch die Gunst der Stunde erlaubte es, diese Erhöhung durchzudrücken. Die PdAS lehnt diese Offensive des Militarismus entschieden ab. Der Militarismus stellt eine gigantische Verschwendung von Ressourcen dar und zielt darauf ab, eine imperialistische Agenda zu befriedigen, nicht aber die Sicherheit der Völker zu gewährleisten. Dieses neue Wettrüsten stellt eine verschärfte Bedrohung für den Weltfrieden dar. Mehr denn je muss für Abrüstung und friedliche Koexistenz gekämpft werden.

Wir sind jedoch der Ansicht, dass es unter den gegenwärtigen Umständen nicht vernünftig ist, die Schweizer Armee einseitig abschaffen zu wollen. Ohne eine Armee könnte die Schweiz ihre Sicherheit und Souveränität nicht gewährleisten, und sie wäre nicht in der Lage, demokratische Entscheidungen bei Nachbarländern respektieren zu lassen, die deren Ansichten zuwiderlaufen würden. Wenn die Schweiz keine eigene Armee mehr hätte, würde sie sich fatalerweise an eine andere Armee wenden. Um es klar zu sagen: an die NATO. Und dies mit den unannehmbaren politischen Konsequenzen, die das mit sich bringen würde. Ohne die Armee abschaffen zu wollen, setzen wir uns daher für eine verkleinerte, strikt defensive und demokratisierte Milizarmee ein.

Konkret fordern wir:

1. Eine strikt defensive Armee ;
2. Die Beibehaltung einer Milizarmee, eine Berufsarmee lehnen wir kategorisch ab ;
3. Eine demokratisierte Armee: Verringerung des Ermessensspielraums der militärischen Hierarchie, Achtung der demokratischen Rechte der Soldat:innen (Vereinigungs-, Versammlungs- und Petitionsrecht, Meinungsfreiheit ;
4. Die Stärkung der demokratischen Kontrolle über das Militär ;
5. Die Abschaffung der Militärjustiz: Die Armee darf nicht länger eine Enklave über dem allgemeinen Recht sein ;
6. Das Verbot des Einsatzes der Armee zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung oder an der Grenze gegen Migrant:innen ;
7. Die freie Wahl des Zivildienstes, der genauso lange dauert wie der Militärdienst, und deren Zugang für Frauen. Wir wehren uns kompromisslos gegen die Infragestellung des Zivildienstes durch die militärische Hierarchie ;
8. Die Reduzierung des Waffenbestands, des Personalbestands und des Budgets der Schweizer Armee; diese sind für eine Armee, deren Zweck strikt die Selbstverteidigung wäre, übermässig hoch. Diese Mittel und Ressourcen können viel besser für das Gemeinwohl eingesetzt werden ;
9. Keine militärische Zusammenarbeit mit Armeen von Ländern, die in Kriege verwickelt sind ;
10. Der Abzug der Schweizer Truppen aus dem Ausland. Mögliche Ausnahmen sind UNO-Mandate ;
11. Keine Schweizer Beteiligung an Projekten für eine europäische Armee ;

12. Die Abschaffung der Ersatzsteuer für den Militärdienst ;
13. Das Verbot des Verkaufs von Kriegswaffen ;
14. Das Verbot der Herstellung, des Einsatzes und der Ausfuhr von LBD 40 und ähnlichen Waffen ;
15. Unterzeichnung und Ratifizierung des Vertrags über das Verbot von Atomwaffen.

Für ein Gesundheitssystem im Dienste der Bevölkerung

Auf der Ebene der Gesundheit hat uns die Covid-19-Krise vorgeführt, dass das öffentliche Gesundheitssystem der einzige Schutz ist, wenn die Gesellschaft durch eine Gesundheitskrise bedroht und geschwächt wird. Dies trotz einer Politik, die seit Jahren von der Regierung betrieben wird, deren Entscheidungen einzig und allein vom Streben nach Profit geleitet sind, um dabei die Gesundheitsinstitutionen zu einem rentablen Geschäft werden zu lassen. Das neue System der Finanzierung der Spitäler (Diagnosebezogene Gruppen – DRG's), das den Wettbewerb zwischen den Krankenhäusern um ein Vielfaches erhöht, hat zur Folge, dass die durchschnittliche Verweildauer im Spital erheblich sinkt. Das bedeutet eine Gefahr für die Patient:innen. Dieser Ansatz, der sich nur auf die Krankheit und nicht auf die Patient:innen in seiner somatischen, psychischen und sozialen Gesamtheit stützt, ist die Negation einer Gesundheitspolitik, in der der Mensch im Zentrum steht. Die Zunahme des Wettbewerbs führte schlussfolgernd zu einem Personalabbau mit Folgen für die Lebensqualität der Pflegenden, deren berufliche Erschöpfung nicht nur eine Konsequenz von Covid ist. Wir befürchten, dass sich diese Situation in Zukunft noch weiter verschlechtern wird. Diese Politik hat sich auch durch den Abbau von Betten (etwa die Hälfte in zehn Jahren in der ganzen Schweiz) und durch die Privatisierung bestimmter Dienstleistungen in den Spitäler wie Reinigung oder Gastronomie und damit durch eine allgemeine Schwächung des öffentlichen Sektors zur Folge. Unser Gesundheitssystem konnte dank der Mobilisierung des gesamten Pflege-, technischen und logistischen Personals der öffentlichen Krankenhäuser die schlimmste Gesundheitskrise bewältigen, die die Schweiz seit Jahrzehnten erlebt hat, jedoch auf Kosten des gesamten Pflege- und Nichtpflegepersonal.

Unsere Behörden haben ihre Gesundheitspolitik oft auf eine Sichtweise fokussiert, die Krankenhäuser ins Zentrum stellt. Dies in dem sie den Bereich der öffentlichen Gesundheit vernachlässigt haben, dessen vorrangige Bedeutung heute anerkannt wird: Häusliche Pflege, Alters- und Pflegeheime, Psychiatrien und vor allem die Hausärzt:innen welche die Grundlage unseres Gesundheitssystems bilden.

Konkret fordern wir:

1. Stopp der Haushaltskürzungen im Gesundheitssystem ;
2. Den Stopp der Privatisierung von nicht-pflegerischen Dienstleistungen ;
3. Die Stärkung des öffentlichen Gesundheitswesens durch Erhöhung der Budgets ;
4. Mit der Annahme der Pflege-Initiative durch das Volk, fordern wir ihre Umsetzung in die Praxis, um die Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals erheblich zu verbessern. Heute steigt die Hälfte der Krankenpfleger:innen aus. Die Hälfte der Pflegekräfte gibt den Beruf durchschnittlich 13 Jahre nach Beginn ihrer Tätigkeit auf;

5. Eine reale Sozialversicherung mit einer Einheitskrankenkasse mit Vermögen- und Einkommensabhängigen Prämien, um diese absurde Bürokratisierung zu stoppen, die auf Konkurrenz zwischen Spitälern, Krankenkassen und dem Staat beruht ;
6. Die Einrichtung von Patient:innenräte in jeder stationären Pflegeeinrichtung ;
7. Die Förderung der medizinischen Grundversorgung durch Unterstützung der Allgemeinmedizin ;
8. Die Erhöhung des Budgets für die Ausbildung von künftigen Gesundheitspersonal, damit diese nicht mehr aus anderen Ländern rekrutiert werden, um den Personalmangel zu beheben, was eine doppelte Ungerechtigkeit darstellt: Ihre Ausbildung wird nicht bezahlt und sie werden ihren Ländern entzogen, in denen der Personalmangel genauso gross oder noch grösser ist als in unserem reichen Land ;
9. Ausreichend Personal in den Pflegeheimen, um den Bedarf zu decken, das über einen sicheren Status und gute Arbeitsbedingungen verfügt ;
10. Eine Aufwertung des Personals im sozialmedizinischen Bereich (SMB) zu Hause, insbesondere durch Abschaffung der Zeiterfassung für Pflegepersonal ;
11. Massive Investitionen in die Prävention von Süchten wie Alkohol und Drogen ;
12. Kostenübernahme von Zahnbehandlungen, Brillen und Ambulanzdiensten durch die Grundversicherung.

Wohnen

In der Schweiz herrscht Wohnungsnot. Vor allem in den Städten ist es fast unmöglich, eine günstige Wohnung zu finden. Dabei wäre genügend Platz vorhanden. Hunderttausende Quadratmeter Bürofläche stehen leer und werden nicht genutzt, und dennoch bauen Spekulant:innen in der Hoffnung auf zukünftige Gewinne weiterhin Bürokomplexe. Auch viele Luxusimmobilien stehen leer. Immobilienhaie und Hausbesitzer:innen bereichern sich schamlos auf Kosten der Bevölkerung in Notsituationen. Dank eines günstigen Referenzzinssatzes haben sie die Mieter:innen in der Schweiz seit 2009 um fast zehn Milliarden Franken betrogen. Die Mieten steigen immer weiter und die herrschende Politik tut nicht viel, um die Situation zu entschärfen, und vor allem nichts, um wirklich zu helfen. Mit ihren Aufwertungen und Begründungen machen sie die Sache oft nur noch schlimmer, denn sie verhindern nicht, dass die «üblichen» Mieten in der Gegend dadurch steigen. Die Folge der Wohnungskrise ist, dass Menschen mit wenig Geld aus den Städten vertrieben werden.

Konkret fordern wir:

1. Das Recht auf Wohnen; bezahlbare Wohnungen für alle ;
2. Eine Miete, die an das Einkommen der Mieter:innen angepasst ist und weniger als 20 Prozent des Einkommens beträgt ;
3. Aktiver kommunaler Wohnungsbau unter strenger demokratischer Kontrolle, wobei die Bereitstellung von Wohnraum für die unteren Einkommensklassen Vorrang hat. Für die Belegung und Nutzung dieser Wohnungen müssen strenge Lohnkontrollen sowie Kontrollen der Personenzahl durchgeführt werden ;

4. Staatliche Mietpreiskontrolle mit der Verpflichtung, eine ausreichende Anzahl an preisgünstigen Wohnungen zu schaffen; jede Wohnung wird registriert, jede Wohnung hat einen kontrollierten Preis, die bestehenden Mieten müssen kontrolliert werden ;
5. Freiwerdende Wohnungen müssen einer Meldepflicht unterworfen werden. Dies macht die Wohnungssuche für die Bevölkerung transparenter, bekämpft Vetternwirtschaft und schränkt die Tatsache ein, dass Vermieter:innen die Mieten hoch halten. Die Gemeinden sollten zudem die Kompetenz haben, leerstehende Wohnungen nach einer bestimmten Zeit zwangsvermieten zu können ;
6. Immobilienbesitzer:innen sollten entschädigungslos enteignet werden, wenn sie ihren Verpflichtungen nicht nachkommen (z. B. wenn sie die Wohnungen verfallen lassen oder über einen längeren Zeitraum leer stehen) ;
7. Der Schutz der Mieter:innen muss ausgeweitet werden. Es muss ein generelles Kündigungsverbot geben. Kündigungen, um anschliessend teurer zu vermieten, müssen gestoppt werden ;
8. Beim Bau neuer Wohnungen soll es verboten werden, eine höhere Miete zu verlangen als die, die zuvor für die entsprechende Wohnung, die abgerissen wurde, gezahlt wurde. Luxussanierungen dürfen nicht mehr erlaubt werden ;
9. Ende von Zwangsräumungen ;
10. Das Verbot der Spekulation mit Wohnraum und Grundstücken ;
11. Ein allgemeines Vorkaufsrecht zum amtlichen Wert für Gemeinden und Wohnungsbaugenossenschaften beim Verkauf von Immobilien und Bauland ;
12. Die Übertragung von kommunalem und kantonalem Immobilienbesitz nur im Baurecht ;
13. Die Verstaatlichung und demokratische Kontrolle des Grundeigentums ;
14. Die Abschaffung von Kauttionen für Mieter:innen ;
15. Keine Privatisierung von staatseigenen Wohnungen ;
16. Erhöhung der Zahl der betreuten Wohnungen und Erleichterung des Zugangs zu betreuten Wohnungen für alle Menschen ;
17. Eine Unterstützung für partizipative und genossenschaftliche Wohnprojekte ;
18. Ein Verbot von Strom-, Wasser- und Gasabschaltungen bei finanziellen Schwierigkeiten der Mieter:innen ;
19. Massive öffentliche Investitionen in die Isolierung von Gebäuden.

Kultur

In einer Klassengesellschaft hat auch die Kulturpolitik einen Klassencharakter. Dem muss eine demokratische Kultur entgegengesetzt werden.

Kultur ist ein Mittel zur Öffnung des Geistes. Sie soll das Verständnis der Welt, sowie den Dialog zwischen Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund fördern. In diesem Sinne ist sie ein wesentlicher Pfeiler für die Verbesserung unserer Gesellschaften. In unserem derzeitigen System ist Kultur jedoch häufig Rentabilitätszwängen unterworfen, die sie daran hindern, ihre Aufgabe zu erfüllen. Wir setzen uns daher für eine Kultur ein, die um ihr Hauptziel herum strukturiert ist: die Entfaltung des Einzelnen und der Gesellschaft.

Konkret fordern wir:

1. Kostenlosen Zugang zum Unterricht in Musik, Tanz, Malerei und künstlerischen Aktivitäten im Allgemeinen ;
2. Eine gerechtere Verteilung der öffentlichen Kulturförderung ;
3. Eine stärkere Förderung junger Künstler:innen mit entsprechenden Ausbildungsangeboten ;
4. Die Schaffung von selbstverwalteten Kulturräumen ;
5. Eine stärkere staatliche Unterstützung für kulturelle Veranstaltungen ;
6. Eine Garantie für den Zugang zu Kultur für alle ;
7. Die Schaffung eines echten Status für freischaffende Künstler:innen ;
8. Alle öffentlichen Museen und Denkmäler für Personen unter 25 Jahren kostenlos machen ;
9. Für eine Kultur in der Nähe des Lebens der Menschen, anstatt Kultur, die ausschliesslich in Kulturinstitutionen konsumierbar ist ;
10. Unterstützung für Zeitarbeiter:innen im Kultursektor.

Ausbildung

Bildungseinrichtungen sind ein Spiegelbild der Gesellschaft. Es wird tendenziell das gelehrt, was der herrschenden Klasse nützt. Dies steht im Gegensatz zu einer emanzipatorischen Bildung, die es uns ermöglichen würde, Ausbeutung und Klassenherrschaft zu überwinden.

Konkret fordern wir:

1. Eine stärkere finanzielle Unterstützung des Staates für öffentliche Bildungseinrichtungen ;
2. Keine Kürzungen bei der Forschung ;
3. Die gezielte Hilfe für die Kinder und Familien von Arbeiter:innen, sowie Migrant:innen unabhängig vom Status der Eltern als Sans-Papiers ;
4. Das Verbot der Einflussnahme der Privatwirtschaft auf die Inhalte von Forschung und Lehre insbesondere über Schulbücher ;
5. Eine demokratisch geführte Schule, die auf Kooperation und kollektiver Verantwortung beruht ;
6. Eine kostenlose Bildung für alle von der Kinderkrippe bis zum Hochschulabschluss einschliesslich der Berufsausbildung ;
7. Die obligatorische und kostenlose Ausbildung bis zum Alter von 18 Jahren für alle, unabhängig vom Rechtsstatus der betreffenden Jugendlichen ;
8. Ein Minimum von zwei Schultagen pro Woche für Auszubildende ;
9. Die Abschaffung des leistungsbezogenen Schulsystems in der Pflichtschule zugunsten einer integrativen und nicht selektiven Schule, die mit den notwendigen Mitteln ausgestattet ist ;
10. Die Sexualerziehung ab der Grundschule, auch zu LGBT-Themen ;
11. Die automatisch gewährte finanzielle Unterstützung für alle Studierenden und Auszubildenden, die sie benötigen ;
12. Die Erhöhung der Zahl der Lehrstellen mit Unterstützung der kantonalen Ausbildungszentren ;
13. Mehr Rechte für Auszubildende und einen besseren Schutz für sie ;

14. Die Erhöhung des Lehrkörpers in Grund- und Sekundarschulen ;
15. Die Weiterbildung der Lehrkräfte insbesondere mit dem Ziel, die Schüler:innen und deren sozialen und wirtschaftlichen Kontext zu verstehen ;
16. Eine Obergrenze für die Anzahl der Schüler:innen pro Klasse vom Kindergarten bis zum Ende der Pflichtschulzeit ;
- Aktive Prävention in den Schulen gegen Gewalt und Risiken im Zusammenhang mit Alkohol, Drogen und Tabak ;
17. Eine säkulare Schule ;
18. Eine massvolle und kontrollierte Einführung neuer Technologien in der Schule anstelle einer allumfassenden Digitalisierung ab dem Kindergarten. Auf keinen Fall darf die Digitalisierung die schulischen Ungleichheiten verstärken, indem die Kosten für die Anschaffung der Geräte (Computer, Tablets usw.) auf den Familien lasten ;
19. Der Kampf gegen Mobbing in der Schule ;
20. Der Kampf gegen sexuelle Belästigung an Bildungseinrichtungen ;
21. Ein Schulprogramm in jeder Schulstufe mit einer geschlechtergerechten Erziehung festlegen und umsetzen ;
22. Eine Berufsausbildung, die die Energiewende berücksichtigt und auf Umweltfreundlichkeit achtet ;
23. Die gezielte Hilfe für Kinder in Schwierigkeiten und Integration von Jugendlichen mit Behinderungen ;
24. Die Einführung von Schulungen zum Arbeitsrecht vor dem Ende der Pflichtschulzeit ;
25. Erlass von Krediten und Stipendien an diejenigen, die ihre Ausbildung abgeschlossen haben, damit diese Personen ohne eine Schuldenlast, die ihre Entwicklung einschränkt, ins Berufsleben einsteigen können ;
26. Die Erleichterung des Zugangs zu Stipendien und die Beschleunigung der Vergabeverfahren ;
27. Die Abschaffung von Bildungsgängen in der Pflichtschule und die Einführung von heterogenen Klassen, um die Schüler:innen nicht zu früh zu selektieren.

Für eine Demokratisierung und digitale Souveränität

Wir sind zunehmend von der Digitalisierung und den damit verbundenen Hilfsmitteln abhängig. Diese Digitalisierung findet sich in vielen öffentlichen Bereichen, insbesondere bei Behördengängen wie der Beantragung von Fördermitteln, Stipendien oder der Anmeldung beim RAV, aber auch beim Kauf von Fahrkarten für den öffentlichen Nahverkehr. Dieses digitale Gesamtpaket führt dazu, dass wir wahrscheinlich keine andere Wahl mehr haben werden, als im Alltag auf Kosten des menschlichen Kontakts auf Hilfsmittel wie Computer, Mobiltelefone oder QR-Codes zurückgreifen zu müssen. Leider führt dies für viele Menschen, insbesondere für ältere Menschen, zu einer digitalen Kluft und damit zu sozialer Ausgrenzung, da nicht alle wissen, wie man diese Werkzeuge benutzt, oder einfach nicht die Ausrüstung dafür haben.

Das Internet ist zu etwas geworden, das wir täglich nutzen, für unseren persönlichen Gebrauch, für Anfragen bei Behörden, Zahlungen, Studien usw. Die Nutzung des Internets ist jedoch nicht ohne Gefahren, von der Sammlung von Daten, die an Dritte weiterverkauft werden, über Hackerangriffe bis hin zur Speicherung unserer Dateien

in Clouds, bei denen wir nicht wissen, wo diese Daten wirklich landen. Beispielsweise wurden in den letzten Monaten mehrere Schweizer Städte von Cyberangriffen betroffen, bei denen sensible Daten von Bürger:innen gestohlen wurden. Hinzu kommt die Kontrolle der grössten IT-Unternehmen (GAFAM), dieser multinationalen Digitalkonzerne, die sich wenig um die Privatsphäre der Menschen scheren und zudem astronomische Summen verdienen, während sie sich so weit wie möglich den Steuern entziehen.

Schliesslich wird die Digitaltechnik leider häufig zur Massenüberwachung, zur Erfassung von Bürger:innen und zur Gesichtserkennung mittels Überwachungskameras der neuen Generation (die bereits in einigen Bahnhöfen der Schweiz getestet werden) eingesetzt. In den letzten Monaten sind in unserem Land einige Überwachungsfälle bekannt geworden, darunter die jene von Klimastreikenden: Sie wurden von der FedPol mit FBI-Software ausspioniert, die zur Verfolgung von Terrorist:innen dient. Und dies, weil sie zu einem Streik der Armee aufgerufen hatten. Da unsere Partei jahrzehntelang überwacht und fichiert wurde, können wir uns darüber nur empören und uns entschieden gegen solche Massnahmen wehren.

Dennoch ist die PdAS der Ansicht, dass die Digitalisierung zu einem Gemeingut im Dienste des menschlichen Fortschritts, der Demokratie, der Ökologie, des Sozialen und der Wirtschaft werden muss. Auf keinen Fall sollte die digitale Revolution in den Händen einiger weniger multinationaler Konzerne konzentriert werden, deren Ziel es ist, eine Vielzahl von Profiten zu machen.

Konkret fordern wir:

1. Die digitale Kluft zu bekämpfen, indem z. B. für alle zugängliche Kurse zur Einführung in neue Technologien organisiert werden ;
2. Die Gewährleistung öffentlicher Dienstleistungen mit Schaltern, die von Personen bedient werden, für Menschen, die nicht in der Lage sind, digitale Hilfsmittel zu nutzen ;
3. Die Nutzung digitaler Medien in der Pflichtschulbildung auf ein Minimum zu beschränken ;
4. Die Bekämpfung des übermässigen digitalen Konsums in Verbindung mit der Verteidigung der Ökologie ;
5. Das Internet an allen öffentlichen Orten und Gebäuden kostenlos, frei und schnell zu machen ;
6. Das Verbot von Partnerschaften zwischen dem Staat und GAFAM (z. B. im Bildungs- oder Gesundheitswesen) ;
7. Computerbetriebssysteme und Open-Source-Software im öffentlichen Dienst und im Bildungswesen einsetzen und die gesamte von öffentlichen Verwaltungen entwickelte Software als Open Source zur Verfügung stellen ;
8. Mehr Schutz der Bürger:innen vor den Internetgigant:innen ;
9. Die Gewährleistung der Privatsphäre und der Sicherheit bei der Datenerhebung an öffentlichen Orten ;
10. Die volle Transparenz über die Daten, die gesammelt werden, ihre Verwendung und die von den öffentlichen Verwaltungen verwendeten Algorithmen gewährleisten;

11. Öffentliche Daten persönlicher und sensibler Art, insbesondere im Zusammenhang mit Gesundheit und Bildung, ausschliesslich an schweizerische öffentliche Einrichtungen zu vergeben, um deren Verarbeitung, Speicherung und Beherbergung zu gewährleisten ;
12. Die Entwicklung einer souveränen Cloud, die unter der Schirmherrschaft des Bundes steht und nur von einer öffentlichen Einrichtung verwaltet wird ;
13. Die Stärkung der Cybersicherheit des Staates, der öffentlichen Körperschaften und unserer öffentlichen Dienste ;
14. Die Entwicklung und Förderung von freien und öffentlichen digitalen Werkzeugen, sowie der entsprechenden Einrichtungen mit dem Ziel, Bürger:innen die Möglichkeit zu geben, in Zusammenarbeit mit öffentlichen Körperschaften und Verwaltungen an öffentlichen Entscheidungen teilzunehmen ;
15. Die Prävention durch Aufklärung über die Risiken von digitalen Süchten betreiben ;
16. Unternehmen, die in unserem Land «digital präsent» sind, steuerlich besteuern;
17. Massenüberwachung verbieten ;
18. Das Verbot der Verwendung von Gesichtserkennung im öffentlichen Raum insbesondere über Überwachungskameras ;
19. Das Verbot von digitalen Werbetafeln, die ebenso nutzlos wie energieintensiv sind ;
20. Aufhören, die digitale Entwicklung als unvermeidlich zu betrachten, und über die Möglichkeit nachdenken, eine Gesellschaft aufzubauen, die nicht an das Internet angeschlossen ist. Auch wenn das Ergebnis der Überlegungen nicht unbedingt zu einem völligen Verzicht auf diese Technologien führen muss, sollte man auf jeden Fall zu einer kompromisslosen Bewertung bereit sein, unabhängig von ihrem Ergebnis.

Für den Sozialismus und gegen die Barbarei

Wie Rosa Luxemburg vor über 100 Jahren sagte: Sozialismus oder Barbarei! Im Kampf gegen die Barbarei und für den Sozialismus geht es uns um die Lebensbedingungen und die objektiven Interessen der Menschen und der Natur. Menschen, die von der kapitalistischen Krise, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit betroffen sind, müssen für ihre Interessen kämpfen. Die PdAS sieht es als eine ihrer Hauptaufgaben an, alle Betroffenen für den gemeinsamen Kampf zu mobilisieren. Entsprechend ist der ausserparlamentarische Kampf, wie auch die Stärkung der Organisation und Kampfbereitschaft der Arbeiter:innenbewegung und der sozialen Bewegungen, ein zentrales Element unserer Arbeit.

Der Klassenkampf innerhalb des Systems selbst, um sich gegen seine Übergriffe zu wehren und innerhalb seines Rahmens soziale und demokratische Fortschritte zu erringen, ist zwar unerlässlich, doch unser Kampf beschränkt sich nicht darauf. Denn die aktuellen Krisen, wie auch andere in der Geschichte des Kapitalismus, sind keine vorübergehenden Phänomene, sondern strukturelle Krisen des Systems. Ihre Ursachen sind nicht in Fehlern oder bösen Absichten einzelner Entscheidungsträger:innen zu finden. Sie sind in der Natur des Kapitalismus und

seinen inneren Widersprüchen enthalten. Grundsätzlich liegt all diesen Störungen eine Krise der Überproduktion und Überakkumulation von Kapital zugrunde, die je nach Kräfteverhältnissen entweder durch eine Anpassung des Systems (die wiederum neue Krisen auslösen wird - wie die Geschichte gezeigt hat) oder durch eine neue Organisation der Produktion gelöst werden wird. Ganz zu schweigen von der Verschärfung der Konfrontation zwischen den Blöcken sowie des Klimawandels, die, wenn nichts dagegen unternommen wird, mit dem Verschwinden der Menschheit selbst «gelöst» werden könnten.

Unser Kampf ist auch nicht auf die Schweiz beschränkt. Unsere Partei ist entschieden internationalistisch und bleibt mehr denn je der Lehre von Karl Marx treu: Die Völker können entweder gemeinsam triumphieren oder jedes für sich scheitern. Deshalb ist die internationale Solidarität ein Grundwert der PdAS. Wir lehnen imperialistische Kriege ab. Wir verurteilen jeden Versuch, die neokoloniale Hegemonie durchzusetzen und sich die Ressourcen anzueignen, die den Völkern gehören. Wir sind solidarisch mit den Kämpfen aller Völker der Welt für ihre Rechte, für ihre Emanzipation und für den Sozialismus. Eine sozialistische Revolution kann ohne diese Solidarität nicht erfolgreich sein.

Auf der Grundlage des Marxismus

Es geht nicht nur um eine Reform der Wirtschaft, des Staates oder der sozialen Strukturen, um die negativen Auswirkungen des Kapitalismus zu beseitigen. Es geht darum, die Gesellschaft umzugestalten. Dabei stützt sich die PdAS auf die Grundlagen des Marxismus. Unser Ziel ist der Aufbau einer neuen, sozialistischen Gesellschaft, d.h. die Verstaatlichung der wichtigsten Wirtschaftssektoren und Ausweitung der Kooperativen in allen Sektoren. Eine Wirtschaft, die zum Wohle aller und nicht für die Profite einiger weniger funktioniert. Und eine echte Demokratie des Volkes, ausgehend von den Arbeitsplätzen, in der die Macht wirklich beim Volk liegt und nicht bei einigen privaten Lobbys.

Unser Ziel

Aber dabei wollen wir nicht stehen bleiben. Unser Ziel ist die kommunistische Gesellschaft, das heisst eine klassenlose Gesellschaft, in der das Leben für alle Menschen einen Sinn hat, in der die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, Herrschaft und Entfremdung abgeschafft und das ökologische Gleichgewicht wiederhergestellt wird. Die Werte dieser Gesellschaft werden Gleichberechtigung, gegenseitiger Respekt, Frieden und die Abwesenheit von Zwang und Elend sein. In diesem Sinne sind wir eine revolutionäre Partei, die sich von allen anderen politischen Parteien in der Schweiz unterscheidet. Diese soziale Revolution wird das Ergebnis eines langen Kampfes einer breiten Volksbewegung sein, die den Prinzipien der Einheit und Solidarität zwischen den Arbeiter:innen auf der ganzen Welt treu bleibt.

Nur dann können alle vom Kapitalismus geerbten Widersprüche überwunden werden, nur dann wird die Menschheit aus ihrer Vorgeschichte heraustreten und vorwärtsschreiten können, indem sie auf ihre Banner schreibt: «Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!»

Ein radikaler Wandel ist notwendig!

Die kantonalen Sektionen der PdA

AARGAU



NEUENBURG



BASEL



TICINO



BERN



WALLIS



GENÈVE



WAADT



JURA



ZÜRICH

